

## GI Aktuell

### BVerfG: Zur Einlegung fristwahrender Schriftsätze per Telefax

Die 2. Kammer des Ersten Senats des BVerfG hat zwei Verfassungsbeschwerden (Vben) im Zusammenhang mit der Übermittlung fristwahrender anwaltlicher Schriftsätze per Telefax einstimmig stattgegeben.

Gegenstand der Vben waren gerichtliche Entscheidungen, in denen Rechtsmittel als unzulässig verworfen und Anträge auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zurückgewiesen worden waren.

#### I.

In beiden Verfahren hatten die von den Beschwerdeführern bevollmächtigten Rechtsanwälte gegen erstinstanzliche Urteile Berufung eingelegt und in den Abendstunden des letzten Tages der Frist erfolglos versucht, die **Berufungsbegründungen** den jeweiligen Gerichten zu faxen.

In dem einen Fall scheiterte die Übermittlung, weil beim Fax-Gerät des betreffenden Gerichts zuvor ein **Papierstau** eingetreten war.

In dem anderen Fall ist die **Fehlerursache nicht geklärt** worden. Nach den unbestrittenen Angaben des Bevollmächtigten der Beschwerdeführerin war jedoch bei einer Telefonkontrolle der Fax-Leitung ein Freizeichen ertönt.

Beiden Beschwerdeführern ist die mit unverschuldeter Fristversäumnis begründete Wiedereinsetzung in den vorigen Stand von den Gerichten versagt worden; die Berufungen wurden wegen Fristüberschreitung als unzulässig verworfen. Gegen diese Entscheidungen haben die Beschwerdeführer Vben erhoben.

#### II.

Nach Auffassung der Kammer sind die Vben wegen Verletzung des Grundrechts auf effektiven Rechtsschutz (*Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip*) begründet. Die Urteile sind deshalb aufgehoben und die Verfahren an die Gerichte zur erneuten Verhandlung über die Berufungen zurückverwiesen worden. Die angegriffenen gerichtlichen Entscheidungen überspannen die von den Prozeßbevollmächtigten der Beschwerdeführer zu erfüllenden Sorgfaltspflichten und wälzen Risiken bei der Benutzung eines Faxgeräts, die allein in der Sphäre des Gerichts liegen, auf den rechtsuchenden Bürger ab.

Die Übermittlung fristwahrender Schriftsätze per Telefax ist in allen Gerichtszweigen uneingeschränkt zulässig. **Störungen des Empfangsgeräts aber**

**auch Störungen der Übermittlungsleitungen liegen in der Sphäre der Gerichte.** Der Nutzer eines für Übermittlungen anerkannten Faxgeräts hat mit der korrekten Eingabe der Empfängernummer das seinerseits Erforderliche zur Fristwahrung getan, wenn er – wie in den vorliegenden Fällen geschehen – so rechtzeitig mit der Übermittlung beginnt, daß unter normalen Umständen mit ihrem Abschluß bis 24.00 Uhr zu rechnen ist.

Von einem Rechtsanwalt, der sich auf eine Fax-Übermittlung eingestellt hat, kann daher **im Falle eines Defekts im Empfängergerät oder bei Leitungsstörungen nicht verlangt werden, daß er alle nur denkbaren Anstrengungen unternimmt, um seinen Schriftsatz dem Gericht auf anderem Wege noch fristgerecht zuzuleiten.** (*Beschlüsse von 1.8.1996, 1 BvR 989/95; 1 BvR 121/95; Presse-Mitteilung 51/96*)

### BVerfG: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde einer Rechtsanwältin

I. Die Beschwerdeführerin ist im Juli 1994 im Berufungsverfahren von einem OLG verurteilt worden, die Behauptung zu unterlassen, der Kläger des Ausgangsverfahrens habe eine Arbeitskollegin sexuell belästigt.

Die Beschwerdeführerin hatte zuvor in einem Schreiben an den Vorstand und den Betriebsrat des betreffenden Betriebes mitgeteilt, Mitarbeiterinnen, die sie vertrete, seien von Mitgliedern des Betriebsrates sexuell belästigt worden. Die Namen ihrer Mandantinnen nannte die Beschwerdeführerin unter Hinweis auf mögliche Nachteile nicht. In ihrem Schreiben bezog sich die Beschwerdeführerin unter anderem auf ein Gedächtnisprotokoll, das dem Vorstand/Betriebsrat bereits vorlag. Dieses Protokoll enthielt über die in dem anwaltliche Schreiben geschilderten Fälle hinaus einen weiteren Fall sexueller Belästigung durch einen namentlich benannten Mann, der zwischenzeitlich zum Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt worden war. Dieser erhob gegen die Beschwerdeführerin Unterlassungsklage. In erster Instanz wurde die Klage abgewiesen. Das OLG verurteilte die Beschwerdeführerin im Berufungsverfahren, die Behauptung der ehrenrührigen Tatsache zu unterlassen.

Mit der gegen dieses Urteil erhobenen Vb rügt die Beschwerdeführerin insbesondere einen Verstoß gegen die **Berufsausübungsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG.**

II. Die Kammer hat das Urteil des OLG aufgehoben. Dessen Richter haben in ihrer Urteilsbegründung die Bedeutung und Tragweite der anwaltlichen **Berufsausübungsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG** verkannt.

**Ein Rechtsanwalt, der sich im Auftrag eines Mandanten äußert, wird nicht als Privatperson, sondern in seiner Funktion als Rechtsanwalt und Vertreter seines Mandanten tätig.** Er macht sich nicht den Sachverhalt, den ihm sein Mandant schildert, als persönliche Behauptung zu eigen, auch dann nicht, wenn er sich zum Beweis auf anderweitig erstellte Urkunden beruft. Zieht ein Gericht den Rechtsanwalt privat für Äußerungen zur Verantwortung, die er in gehöriger Form im Namen eines Mandanten abgibt, unterbindet es die ordnungsgemäße Interessenvertretung und damit einen wesentlichen Teil anwaltlicher Berufsausübung.

Auch im konkreten Fall gibt es keine Besonderheiten, die eine abweichende Bewertung zuließen. Es ist klar erkennbar, daß die Beschwerdeführerin das Gedächtnisprotokoll im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit ihrer Mandantinnen herangezogen hat. Sie hat weder den Namen des Klägers des Ausgangsverfahrens noch den ihn im Protokoll betreffenden Vorfall in ihrem anwaltlichen Schreiben überhaupt erwähnt. Entgegen der Auffassung des OLG war die Beschwerdeführerin auch nicht verpflichtet, in ihrem Schreiben ausdrücklich klarzustellen, daß sie sich nicht auf den den Kläger des Ausgangsverfahrens betreffenden Vorfall bezogen hat. **Denn sie war berechtigt, im Rahmen des erteilten Mandats für ihre Mandantinnen auch die Äußerungen Dritter wiederzugeben, die in sachlichem Zusammenhang mit dem anwaltlichen Mandant stehen,** zumal der Inhalt dieser Äußerungen beiden Adressaten des Schreibens, dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat, aus der ihnen vorliegenden Urkunde bekannt war. (Beschuß v. 27.6.1996 – 1 BvR 1398/94)

#### **BFH-Grundsatzurteil Beteiligung an ausländischen Kapitalgesellschaften / DBA- Schachtelbeteiligung / Abzug von Betriebsausgaben?**

Durch drei Grundsatzurteile hat der I. Senat des Bundesfinanzhofs am 29.5.1996 über die Abziehbarkeit von Betriebsausgaben beim Halten sog. DBA-Schachtelbeteiligungen entschieden. Die Problematik stellt sich, wenn deutsche Kapitalgesellschaften Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften halten, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, mit dem die Bundesrepublik Deutschland ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, und Aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Beteiligungen tätigen (z. B. Refinanzierungskosten für den Erwerb der Beteiligung). Da die von den ausländischen Kapitalgesellschaften ausgeschütteten Dividenden im Inland steuerfrei vereinnahmt werden, stellt sich die Frage nach der steuerlichen Behandlung der genannten Aufwendungen, soweit sie in einem unmittelbaren wirt-

schaftlichen Zusammenhang mit der Beteiligung stehen. Der Bundesfinanzhof geht davon aus, daß die Aufwendungen grundsätzlich mit den steuerfreien Dividenden zu verrechnen sind. Übersteigen die Aufwendungen die Dividenden, so ist der übersteigende Betrag abziehbar. Fließen keine Dividenden, so können die Aufwendungen voll abgesetzt werden. Damit hält der Bundesfinanzhof an seiner bisherigen Rechtsprechung im Interesse der Rechtssicherheit fest.

Hintergrund des Rechtsstreits war ein Meinungsstreit zwischen dem Bund und der Mehrheit der Länder. Letztere vertrat die Auffassung, die Aufwendungen seien in keinem Fall absetzbar. Sie widersprach damit der Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen. Der Bundesfinanzhof hat im Ergebnis die Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen als richtig bestätigt. Die Urteile I R 15/94, I R 167/94 und I R 21/95 sind zu den Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA und Frankreich ergangen und werden demnächst amtlich veröffentlicht. (Presse-Mitteilung des BFH Nr. 14 v. 11.7.1996)

#### **BFH: Kosten eines Erststudiums steuerlich keine Werbungskosten, anders Kosten eines Aufbau- studiums**

**Kosten der Berufsausbildung** sind nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen als Sonderausgaben abziehbar (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 des Einkommensteuergesetzes). **Kosten der beruflichen Fortbildung können dagegen in voller Höhe als Werbungskosten berücksichtigt werden** (§ 9 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes). Zur Abgrenzung der Berufsausbildungskosten von den Fortbildungskosten hat der Bundesfinanzhof erneut in mehreren Entscheidungen Stellung genommen:

Danach sind Kosten eines **Erststudiums** wie bisher typisierend stets als Berufsausbildungskosten zu beurteilen (Urt. v. 17.4.1996 – VI R 94/94). Aufwendungen für ein **Zweitstudium** an einer Hochschule können als Werbungskosten anerkannt werden, wenn es sich um ein Aufbaustudium handelt. Diese Voraussetzung hat der Bundesfinanzhof für ein Studium in den USA mit dem Abschluß eines Masters of Business Administration (MBA) bejaht (Urt. v. 19.4.1996 – VI R 24/95). Bei einem **Universitätsstudium** der Rechtswissenschaft, der Betriebswirtschaftslehre sowie der Sozialwissenschaften von Finanz- und Kommunalbeamten des gehobenen Dienstes hat er wegen eines **Wechsels der Berufsart kein Aufbaustudium** angenommen (Urteile v. 17.4.1996 – VI R 87/95, VI R 27/95, VI R 2/95, VI R 29/94). (Presse-Mitteilung d. BFH Nr. 16 v. 8.8.1996)

## Fristenkontrolle

- Telefax
- Störung des FG-Faxes  
(BFH, Beschl. v. 12. 12. 1995 – IV B 79/95  
- BFH/NV 1996, 475)

### Leitsatz:

**Wiedereinsetzung kann gewährt werden, wenn die Übermittlung einer Rechtsmittelschrift unmittelbar vor Ablauf der Frist wegen Störung des Telefaxgerätes des FG scheitert und alle anderen Möglichkeiten zur Wahrung der Frist ausscheiden.**

### Aus den Gründen:

1. Der Klägerin und Beschwerdeführerin (Klägerin) ist gemäß § 56 der Finanzgerichtsordnung (FGO) wegen unverschuldeter Versäumnis der Beschwerdefrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, weil das Empfangsgerät des Finanzgerichts (FG) am letzten Tag der Frist (10.7.1995) wegen eines technischen Versagens keine Sendungen mehr empfangen konnte (vgl. *Beschlüsse des Bundesfinanzhofs - BFH - vom 6. 2. 1991 – VB 44/89, BFH/NV 1992, 111; vom 4. 8. 1992 – VIIR 40/91, BFH/NV 1993, 342, und vom 14. 7. 1993 – III K 13-15/93, BFH/NV 1994, 483*). Es ist nicht der Klägerin anzulasten, daß das FG die erst nach Dienstschluß eingetretene Störung nicht mehr beseitigt und für die Funktionsfähigkeit seines Gerätes gesorgt hat (*Beschluß des Bundesgerichtshofs - BGH - v. 2. 10. 1991 – IV ZR 68/91, Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung - HFR - 1992, 572*).

Die Klägerin hat auch durch **Vorlage des Telefaxbriefes und des Absendeprotokolls** der dem Finanzministerium des Landes durch Telefax übersandten (20.15 Uhr) Beschwerdeschrift hinreichend glaubhaft gemacht, daß sie am Abend des 10.7.1995 wiederholt versucht hat, die Beschwerdeschrift dem FG zuzusenden, daß das aber nicht gelingen konnte, **weil das Empfangsgerät des FG wegen der am Abend des 10.7.1995 eingetretenen Störung erst wieder am 11.7.1995 um 8.00 Uhr empfangsbereit war.** Sofort nach Beseiti-

gung der Störung ist die Beschwerdeschrift dem FG per Telefax auch zugegangen.

Unter diesen Umständen wird die Wiedereinsetzung nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin es nicht versucht hat, die Beschwerdeschrift noch vor Mitternacht in den Nachtbriefkasten des FG zu werden. Dazu war die Entfernung von X bis Y (Sitz des FG) zu groß; auch die Übermittlung als Telegramm kam wegen der Länge der Beschwerdeschrift nicht in Betracht (vgl. *BGH-Beschluß in HFR 1992, 572*). Zu diesem Zeitpunkt hatten auch die Postdienststellen geschlossen; wegen der fortgeschrittenen Zeit war auch die Einschaltung eines Berufskollegen in Y nicht mehr zumutbar. Aus dem vom FA zitierten Beschluß des BGH vom 28.9.1989 – VII ZB 9/89 (*Neue Juristische Wochenschrift – NJW – 1990, 187*) ergibt sich nichts anderes. Dort ging es um die Löschung der Notfrist. Im Fall des BGH-Beschlusses vom 6.3.1995 – VII ZB 1/95 (HFR 1995, 673) war zwar die Säumnis wegen der Störung des Empfangsgerätes der Außensenate entschuldbar, aber die Wahrung der Frist wäre durch ein Telefax an den eigentlichen Sitz des Gerichts möglich gewesen.

## Notarhaftung

- Belehrungspflicht
- Anderkonto
- Festgeld
- längere Hinterlegungszeit  
(BGH, Ur. v. 29. 2. 1996 – IX ZR 150/95)

### Leitsatz:

**Ist dem Notar bekannt, daß ihm anvertrautes Geld auf einem Anderkonto in der Weise als Festgeld angelegt werden kann, daß es trotzdem jederzeit verfügbar ist, bei vorzeitiger Freigabe für den unvollendeten Zeitraum lediglich die für Girokonten gewährten Zinsen gezahlt werden und darüber hinaus keine Nachteile entstehen, so hat er die Beteiligten, die ihn mit der Durchführung eines beurkundeten Kaufvertrages beauftragen, darauf hinzuweisen, wenn mit einer längeren Hinterlegungszeit als üblich zu rechnen ist.**

### **Tatbestand:**

Der Vertreter des beklagten Notars beurkundete am 5.5.1993 einen Vertrag, in dem der Kläger eine Eigentumswohnung zum Preise von 217.195 DM verkaufte. Der Kaufpreis war auf ein näher bezeichnetes Anderkonto des Beklagten bei der K. Bank zu hinterlegen, ein Teilbetrag von 10% innerhalb einer Woche, der Rest bis zum 25.5.1993. Die Hinterlegungszinsen standen dem Kläger zu.

Das Grundstück lag in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet. Aus diesem Grunde bedurfte der Vertrag nach § 144 BauGB der Genehmigung der Gemeinde. Der Notar durfte über das Geld erst verfügen, wenn – neben der Erfüllung weiterer Voraussetzungen – diese Genehmigung vorlag.

Der Käufer zahlte die erste Rate am 13.5., den Restbetrag am 21.5.1993. Die Genehmigung nach § 144 BauGB ging beim Beklagten am 9.7.1993 ein. Damit waren die Auszahlungsvoraussetzungen erfüllt. Die entsprechende Anweisung führte die Bank am 15.7.1993 aus.

Der Kläger verlangt vom Beklagten Schadenersatz, weil dessen Vertreter das Geld auf einem Girokonto hinterlegt hat, dessen Guthaben nur mit 0,5% jährlich verzinst wurde. Der Kläger meint, der Vertreter hätte den Parteien vorschlagen müssen, die Anlage auf einem Festgeldkonto vorzunehmen. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen; dagegen hat das Berufungsgericht den Beklagten, unter Klageabweisung im übrigen, zur Zahlung von 1.146,56 DM zuzüglich Zinsen verurteilt. Mit der zugelassenen Revision begehrt der Beklagte die Wiederherstellung der erstinstanzlichen Entscheidung.

### **Aus den Gründen:**

Die Revision hat keinen Erfolg.

I. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der Vertreter des Beklagten habe seine Amtspflichten nicht schon dadurch verletzt, daß er die Festgeldanlage nicht von sich aus, ohne entsprechende Weisung der Urkundsbeteiligten, getätigt habe. Das ist zutreffend.

Der Notar darf Geld zur Aufbewahrung nur entgegennehmen, wenn der Hinterleger eine entsprechende Anweisung, die auch die zeitlichen und sachlichen Bedingungen der Hinterlegung

(z.B. Geldanlage auf Festgeldkonto) umfaßt, erteilt hat (§ 11 Abs. 1 Satz 1 DOnot). Aus dieser Regelung folgert die nahezu einhellige Meinung im Schrifttum mit Recht, daß **der Notar eine Festgeldanlage nur dann vornehmen darf, wenn die Beteiligten ihm einen entsprechenden Auftrag erteilt haben** (Haug, *Die Amtshaftung des Notars* Rdnr. 693; Reithmann, *Vorsorgende Rechtspflege durch Notare und Gerichte* S. 227; Seybold/Schippel, *BNotO* 6. Aufl. § 11 DOnot Rdnr. 4; Weingärtner/Schöttler, *Dienstordnung für Notare* 7. Aufl. Rdnr. 179; vgl. auch OLG Schleswig DNotZ 1978, 183, 184; LG Koblenz DNotZ 1993, 705; a. A. LG Hamburg JurBüro 1971, 1055). **Ohne eine solche Weisung darf er eine Festgeldanlage selbst dann nicht veranlassen, wenn keinerlei sachliche Bedenken dagegen ersichtlich sind; denn die Dienstordnung will den Notar unbedingt dazu anhalten, diese Frage vorab mit den Beteiligten zu klären.**

II. Das Berufungsgericht hält den Beklagten jedoch deshalb gemäß §§ 19 Abs. 2 Satz 4, 46 Satz 1 BNotO für verpflichtet, Schadenersatz zu leisten, weil sein Vertreter es versäumt habe, den Beteiligten eine Festgeldanlage zu empfehlen. Es spreche einiges dafür, daß der Notar seit der Neufassung der Dienstordnung für Notare grundsätzlich auf die Vorteile einer Festgeldanlage hinweisen müsse, wenn eine länger dauernde Hinterlegung in Betracht komme. Jedenfalls bestehe eine derartige Verpflichtung bei einem Sachverhalt, wie er im Berufungsrechtszug unstreitig geworden sei. Wenn die Bank dem Notar Konditionen einräume, die die jederzeitige Verfügbarkeit des hinterlegten Kaufpreises auch bei einer Anlage als Festgeld gewährleiste und der vorzeitige Abruf des Geldes lediglich zur Folge habe, daß sich der Zinssatz für die „angebrochene“ Periode auf denjenigen eines Girokontos ermäßige, biete die Festgeldanlage für die Beteiligten ausschließlich Vorteile.

Für den Notar sei aus dem Grundbuch ersichtlich gewesen, daß die Eigentumswohnung in einem Sanierungsgebiet gelegen habe. Danach hätte er wegen des Genehmigungsverfahrens einen Hinterlegungszeitraum von mehr als einem Monat ernsthaft in Betracht ziehen müssen. Es sei davon auszugehen, daß die Beteiligten ihre Einwilligung zur Anlage als Fest-

geld erteilt hätten, wenn sie in der gebotenen Weise belehrt worden wären.

Gegen diese Auffassung wendet sich die Revision ohne Erfolg.

1. Die Beteiligten vereinbaren die Verwahrung des Kaufpreises auf einem **Notaranderkonto, um eine sichere und zügige Abwicklung des Vertrages zu gewährleisten. Schutz des Geldes vor unbefugtem Zugriff sowie die sofortige Verfügbarkeit des hinterlegten Betrages stehen daher im Vordergrund der dem Notar obliegenden Aufgabe.** Diese Gesichtspunkte haben Vorrang vor demjenigen eines möglichst hohen Zinsertrages (*Haug, a.a.O. Rdnr. 693; Weingärtner/Schöttler, a.a.O. Rdnr. 179 a. E.; OLG Schleswig DNotZ 1978, 183, 184*). Der Notar hat zu prüfen, ob der Inhalt des Treuhandauftrages sowohl den Bedürfnissen einer korrekten Geschäftsabwicklung als auch dem Sicherungsinteresse der Beteiligten genügt (§ 11 Abs. 1 Satz 2 DNot).

Die Aufgabe, auf eine ordnungsgemäße Geschäftsabwicklung hinzuwirken, kann aber im Einzelfall auch die Pflicht umfassen, die Beteiligten auf die Möglichkeit einer Festgeldanlage hinzuweisen. Nach den von der Rechtsprechung zu § 14 Abs. 1 BNotO entwickelten Grundsätzen entsteht eine besondere Betreuungspflicht des Notars insbesondere dann, wenn den Beteiligten ein erheblicher Schaden droht. Zu Recht verweist das Berufungsgericht in diesem Zusammenhang auch auf die Bestimmung des § 11 Abs. 1 DNot, die die Geldanlage auf dem Festgeldkonto als eine sachliche Bedingung der Hinterlegung ausdrücklich erwähnt. Die Dienstordnung macht deutlich, daß gerade in diesem Bereich Regelungsbedarf für den Inhalt der Hinterlegungsanweisung besteht. Der Notar hat daher im Rahmen der ihm obliegenden Prüfung und Einflußnahme bei der Gestaltung der sachlichen Bedingungen der Verwahrung **mit den Beteiligten eine Anlage als Festgeld namentlich dann zu erörtern, wenn im Zeitpunkt des ihm gemäß § 23 BNotO erteilten Auftrags – anders als bei gewöhnlichen Kaufverträgen – mit einer längeren Hinterlegungsdauer zu rechnen ist.**

2. Das Berufungsgericht hat zu Recht angenommen, daß eine solche Verpflichtung bei den tatsächlichen Gegebenheiten des Streitfalls bestand.

a) Der Kläger hat in der Berufungsinstanz vorgetragen, jedenfalls im Kölner Raum seien die Banken bereit, Anderkonten der Notare statt als Girokonten als Depositenkonten zu führen. Voraussetzung sei lediglich, daß ein Mindestbetrag von 10.000 DM für wenigstens 30 Tage angelegt werde. Wolle ein Notar die Zahlung vor dem Ablauf der Festlegungsperiode vornehmen, könne er das jederzeit tun. Dies habe lediglich zur Folge, daß er für den „angebrochenen“ Zeitraum statt des vereinbarten den auf Girokonten gezahlten Zins erhalte. Der Beklagte hat diese Behauptung nicht bestritten. Das Berufungsgericht hat deshalb angenommen, **bei einer Anlage als Festgeld hätte der Notar jederzeit über den Betrag verfügen können, ohne daß den Beteiligten daraus ein wirtschaftlicher oder rechtlicher Nachteil entstanden wäre.** An diese tatsächlichen Feststellungen ist der Senat gebunden; die Verfahrensrüge der Revision greift nicht durch.

aa) Die Revision meint, der Begriff „Depositenkonto“ sei nur eine veraltete Bezeichnung für ein Einlagenkonto, welches sowohl als Giro- wie auch als Festgeldkonto geführt werden könne. Dies mag sein, hilft der Revision jedoch nicht weiter. Dem entsprechenden Vorbringen des Klägers liegt ersichtlich die Behauptung zugrunde, **der Notar erhalte von den Banken die Möglichkeit, das Anderkonto als Festgeldkonto mit den oben beschriebenen Konditionen zu führen.** In diesem Sinne hat das Berufungsgericht die Darlegung des Klägers auch verstanden. Darin lag entgegen der Meinung der Revision kein Verstoß gegen die Denkgesetze, so daß die dementsprechenden tatsächlichen Feststellungen für das Revisionsgericht bindend sind (§ 561 ZPO).

bb) Die Revision rügt weiter, es sei schon aus bankaufsichtsrechtlichen Gründen nicht möglich, Termineinlagen in Sichteinlagen umzuwandeln; denn die Höhe der Mindestreserven, die die Banken bei der Deutschen Bundesbank halten müssen, hänge nach § 16 BBankG in Verbindung mit den Anweisungen der Deutschen Bundesbank von dem Volumen an Sicht-, Termin- und Sparguthaben ab. Soweit die Revision damit geltend machen will, die Festgeldkonditionen seien inhaltlich nicht so gestaltet, wie es der Kläger unbestritten vor dem Tatrichter behauptet hat, begibt sie sich auf das ihr ver-

schlossene Gebiet tatsächlicher Beurteilung. Der Einwand wäre allenfalls dann von Bedeutung, wenn sich aus bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften das Verbot ergäbe, das Festgeldkonto eines Notars in der vom Tatrichter festgestellten Weise zu führen. Das ist indessen nicht der Fall. Die von der Revision angesprochene Mindestreservehaltung muß nicht kalendermäßig, sondern nur im Monatsdurchschnitt erreicht werden (§ 16 Abs. 2 BBankG). Schon deshalb kann allein in der kurzfristigen Umwandlung einer Termin- in eine Sichteinlage kein Verstoß gegen § 16 BBankG liegen. Die für die Beurteilung einer Verletzung dieser Vorschrift notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen sind hier im übrigen nicht einmal ansatzweise vorgetragen. Außerdem spricht nichts dafür, daß ein Verstoß gegen diese währungspolitische Steuerungsvorschrift Einfluß auf die Rechtswirksamkeit eines privatrechtlichen Vertrages über die Führung eines Anderkontos haben könnte (*zu den Rechtsfolgen von Verstößen gegen vergleichbare Vorschriften des Kreditwesengesetzes vgl. BGH, Urt. v. 5. 10. 1989 – III ZR 34/88, NJW 1990, 1356, 1357*).

b) **Da den Beteiligten durch eine Verwaltung des Geldes auf dem Festgeldkonto kein Nachteil entstanden wäre, hätte der Notarvertreter des Beklagten eine entsprechende Anweisung anregen müssen; denn für ihn war erkennbar, daß das hinterlegte Geld möglicherweise länger als 30 Tage auf dem Anderkonto verbleiben würde.** Die erforderlichen Hinweise dafür sieht das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei darin, daß im Zeitpunkt der Beurkundung noch nicht absehbar war, wann die nach § 144 BauGB notwendige Genehmigung erteilt wurde.

3. Das Berufungsgericht hat zu Recht ein **Verschulden** des Notarvertreters bejaht. Auch für diesen gilt insoweit der objektive Maßstab einer gewissenhaften Amtsführung. Die **persönlichen Umstände und Erfahrungen** des einzelnen Vertreters sind haftungsrechtlich **bedeutungslos**. Der Beklagte hat nicht bestritten, die vom Kläger dargestellte Übung der Banken gekannt zu haben. Dann hätte auch sein Vertreter mindestens davon wissen müssen. Ebenso war für ihn ersichtlich, daß es in Anbetracht der Höhe des verwalteten Betrages zur Vermeidung möglicherweise erheblicher Zinsverluste empfeh-

lenswert war, das Geld auf jeweils 30 Tage festzulegen. Das Berufungsgericht ist in rechtlich einwandfreier tatrichterlicher Würdigung zu der Überzeugung gelangt, daß die Beteiligten eine solche Empfehlung befolgt hätten.

4. Zu Unrecht erhebt die Revision den Einwand des **Mitverschuldens**, weil der Kläger nicht selbst nach einer Festgeldanlage gefragt hat. Eine solche Maßnahme war nur infolge der den Notaren von den Banken gewährten Vorteile naheliegend. Anderenfalls hätte kein Anlaß bestanden, der Frage der Verzinsung wesentliche Bedeutung beizumessen. Der Beklagte hat aber nicht behauptet, der Kläger habe schon damals die Bedingungen gekannt, unter denen Notare auf einem Anderkonto Festgeld anlegen können.

III. uch die **Schadenberechnung** des angefochtenen Urteils ist rechtlich nicht zu beanstanden.

Das Berufungsgericht hat angenommen, bei einer Anlage als Festgeld wären in den ersten 30 Tagen ab dem 21.5.1993 Zinsen in Höhe von 6,75 % jährlich gezahlt worden, während in der nachfolgenden Zeit nur Zinsen in Höhe von 0,5 % jährlich angefallen wären. Hinsichtlich des für eine Festgeldanlage gezahlten Zinssatzes ist das Berufungsgericht von den Angaben der K. Bank in der vom Beklagten vorgelegten Bescheinigung ausgegangen. Die dagegen erhobenen Einwendungen der Revision sind aus den oben II 2 a dargelegten Gründen nicht stichhaltig.

## Notarhaftung

- Beurkundungstermin
- Rechtsmittel i. S. § 19 I, 3 BNotO, 839 III BGB (BGH, Beschl. v. 28. 9. 1995 – IX ZR 13/95 – betr. OLG Köln GI 1995, 104)

### Leitsatz (d. Red.):

**Die Bitte um einen Beurkundungstermin bei dem bis dahin untätigen Notar stellt ein Rechtsmittel im Sinne § 839 Abs. 3 i.V.m. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO dar.**

**Aus den Gründen:**

... Der Beklagte hätte das Testament oder einen Kaufvertrag nur beurkunden können, wenn mit ihm ein Termin dafür vereinbart worden wäre (vgl. §§ 925, 2232 BGB, §§ 8 ff, 27 ff BeurkG). Damit eine solche Verhandlung insbesondere außerhalb der Geschäftsstelle des Notars stattfinden konnte, hätte der Kläger um die Abstimmung eines bestimmten Termins nachsuchen müssen; insbesondere konnte vom Beklagten nicht erwartet werden, ohne vorherige Vereinbarung das Krankenhaus aufzusuchen, in welcher sich die Erblasserin befand. Eine bloße Übersendung von Urkunden hätte nicht zu einem wirksamen Rechtsgeschäft geführt. **Das Ansuchen um Bestimmung eines Beurkundungstermins gegenüber dem – bis dahin von sich aus untätigen – Notar stellt ein Rechtsmittel im Sinne von § 839 Abs. 3 BGB i.V.m. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO** dar. Der Kläger hat es **schuldhaft unterlassen**. Er hat selbst nicht behauptet, sich um eine bestimmte Terminabsprache bemüht zu haben. Eine solche Notwendigkeit hätte sich ihm um so mehr aufdrängen müssen, als er durch Schreiben der Notarvertreterin vom 8. 4. 1992 ausdrücklich um Vereinbarung eines Beurkundungstermins gebeten worden ist.

### **Berichtigungspflicht d. Steuerberaters**

- Steuerhinterziehung
- Garantenstellung d. Steuerberaters?  
(BGH, Beschl. v. 20. 12. 1995 – 5 StR 412/95  
– wistra 1996, 184)

**Leitsätze:**

**1. Das bloße „Dabeisein“ in Kenntnis einer Straftat reicht selbst bei deren Billigung nicht aus, die Annahme von Beihilfe im Sinne aktiven Tuns zu begründen, da anderenfalls die rechtlichen Anforderungen im Hinblick auf die Garantenpflichten beim unechten Unterlassen umgangen werden könnten und die Strafbarkeit im Bereich der Beihilfe ausgedehnt würde.**

**2. Der steuerliche Berater und seine Mitarbeiter gehören nicht zu dem in § 153 AO bezeichneten Personenkreis, so daß sie keine Rechtspflicht zur nachträglichen Berichtigung trifft.**

**Aus den Gründen:**

.....

b) Darüber hinaus war der Beschwerdeführer aber auch nicht aufgrund eigener rechtlicher Verpflichtungen gehalten, nach Kenntniserlangung und vor Veranlagung der GmbH zur Körperschaftsteuer 1987 eine berichtigende Erklärung beim Finanzamt einzureichen.

§ 153 AO verpflichtet den Steuerpflichtigen (§ 33 AO), den Gesamtrechtsnachfolger eines Steuerpflichtigen, die gesetzlichen Vertreter und Vermögensverwalter nach § 34 AO sowie die Verfügungsberechtigten nach § 35 AO zur Berichtigung, wenn diese nachträglich erkennen, daß eine abgegebene Erklärung unrichtig oder unvollständig ist und es dadurch zu einer Verkürzung von Steuern kommen kann oder bereits gekommen ist. **Nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes in der AO 1977 gehören der steuerliche Berater und seine Mitarbeiter nicht zu dem in § 153 AO bezeichneten Personenkreis, so daß sie keine Rechtspflicht zur nachträglichen Berichtigung trifft** (ebenso: Tipke/Kruse, AO und FGO, 15. Aufl., § 153 AO, Tz 1 a; Kühn/Hofmann, AO, 17. Aufl., § 153 Anm. 2; Koch/Scholtz, AO, 4. Aufl., § 153 Rdn. 3; Trzaskalik in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, AO und FGO, § 153 AO Rdn. 4; Klein/Orlopp, AO, 5. Aufl., § 153 Anm. 2; Kohlmann, Steuerstrafrecht, 6. Aufl., § 370 AO Rdn. 97.6; a. A. zur überholten Rechtslage nach der RAO vor 1977; BGH DSZ [B] 1967, 32 zur leichtfertigen Steuerverkürzung; OLG Koblenz, wistra 1983, 270). **Ob etwas anderes für den Fall gilt, daß der Steuerberater die Steuererklärung in eigener Verantwortung erstellt und selbst (vgl. § 150 Abs. 3 AO) unterschrieben hat (so: Tipke/Kruse a.a.O.), kann hier dahingestellt bleiben.**

Nur eine solche enge Auslegung des § 153 AO wird dem Verhältnis zwischen dem Steuerberater und seinem Mandanten gerecht. Der Steuerberater ist zur Verschwiegenheit ver-



pflichtet (§57 Abs. 1 StBerG). Dies gilt auch gegenüber Angehörigen der Finanzverwaltung (vgl. *Gehre, Steuerberatungsgesetz, 3. Aufl., §57 Rdn. 55, 69*). Dem entspricht ein Auskunftsverweigerungsrecht des Steuerberaters nach §102 Abs. 1 Nr. 3 b AO über alle Angelegenheiten, die ihm in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekanntgeworden sind, sowie ein Zeugnisverweigerungsrecht im Strafverfahren nach §53 Abs. 1 Nr. 3 StPO, durch die das Vertrauensverhältnis zum Mandanten geschützt und dem Geheimnisträger jeweils ein aus einer möglichen Zwangslage erwachsender Pflichtenwiderstreit mit anderen öffentlichen Interessen der Allgemeinheit erspart werden soll (vgl. *KK-Pelchen, StPO, 3. Aufl., §53 Rdn. 1; Koch/Scholtz AO, 4. Aufl., §102 Rdn. 2*). **Stellt der Steuerberater nachträglich Steuerhinterziehungen im Sinne von §370 AO anhand der Bücher und Unterlagen seines Mandanten fest oder werden ihm solche vom Mandanten offenbart, ist er mit Rücksicht auf den Grundsatz der Mandantentreue gehalten, nach außen sein Wissen für sich zu behalten (Kohlmann a.a.O., §371 AO, Rdn. 45; Tipke/Kruse a.a.O., Tz 1 a; Klein/Orlopp, AO, 5. Aufl., §371 Anm. 4). Er kann nur versuchen, seinen Mandanten von der Zweckmäßigkeit einer Selbstanzeige zu überzeugen. Eine eigene Handlungspflicht aus §153 AO trifft in aber nicht.**

Bei dieser Rechtslage steht es außer Zweifel, daß sich für den Steuerberater aus der bloßen beruflichen Stellung auch **keine Garantenstellung** aus §13 Abs. 1 StGB herleiten läßt (ebenso: *Koch/Scholtz, a.a.O., Tipke/Kruse, a.a.O., Tz 1 a*).

.....

## Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflicht
- Beweislast
- Keine Dokumentationspflicht
- Keine Pflicht zur wiederholten Belehrung (*BGH, Urt. v. 4. 6. 1996 – IX ZR 246/95*)

## Leitsätze:

**a) Der Mandant muß die Pflichtverletzung des steuerlichen Beraters auch dann uneingeschränkt beweisen, wenn er behauptet, das gebotene Beratungsgespräch habe nicht stattgefunden (Abweichung von BGH, Urt. v. 22. 1. 1986 – IVa ZR 105/84, NJW 1986, 2570 = GI 86, 77). Das Bestreiten des Beraters ist jedoch nur dann erheblich, wenn er die wesentlichen Punkte des Beratungsgesprächs in einer Weise darstellt, die erkennen läßt, wie er seiner Aufklärungs- und Hinweispflicht gerecht geworden ist.**

**b) Hat der vom steuerlichen Berater umfassend und zutreffend belehrte Mandant die ihm gegebene Empfehlung abgelehnt, braucht der Berater auch bei einem Dauermandat die erteilten Hinweise grundsätzlich nicht in regelmäßigen Abständen zu wiederholen. Er hat die Angelegenheit nur dann erneut zu erörtern, wenn dafür ein besonderer Anlaß besteht.**

**c) Lehnt derjenige, dem eine Personengemeinschaft die Verhandlungen mit dem steuerlichen Berater übertragen hat, dessen Empfehlungen ab, ist der Berater in der Regel nicht verpflichtet, von sich aus den Kontakt zu anderen Mitgliedern der Gemeinschaft zu suchen.**

## Tatbestand:

Die Kläger betreiben seit 1988 eine tierärztliche Gemeinschaftspraxis. Zugleich führen sie eine Abgabestelle für Arzneimittel. Der beklagte Steuerbevollmächtigte wurde von ihnen beauftragt, sie in steuerlichen Dingen umfassend zu beraten. Bis zur Beendigung des Vertrages erstellte er die Steuererklärungen für die Praxis und die Kläger persönlich. Aufgrund einer Betriebsprüfung im Jahre 1992 wurden sämtliche Einnahmen aus der Praxis und dem Verkauf der Arzneimittel in den Jahren 1989 und 1990 der Gewerbesteuer unterworfen. Die Kläger mußten deshalb insgesamt 66.351 DM an das Finanzamt entrichten.

In Höhe dieses Betrages verlangen sie vom Beklagten Schadenersatz. Sie sind der Auffas-



sung, sie hätten für die Einkünfte aus der Praxis keine Gewerbesteuer zahlen müssen, wenn für den Arzneimittelverkauf eine gesonderte, personenidentische Gesellschaft gegründet worden wäre. Auch die Einnahmen aus Arzneimitteln wären nicht gewerbesteuerpflichtig geworden, weil sie unter der Freigrenze von 36.000 DM gelegen hätten. Die Kläger behaupten, der Beklagte habe sie nicht ausreichend über die Rechtslage belehrt und sie nicht auf die Notwendigkeit, eine gesonderte Abgabegesellschaft zu gründen, hingewiesen.

Die Klage hatte in den Vorinstanzen Erfolg. Mit der Revision begehrt der Beklagte weiterhin Klageabweisung.

### **Aus den Gründen:**

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

#### **I.**

Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der Beklagte habe die Kläger nicht vertragsgerecht beraten, und hat zur Begründung ausgeführt:

Der Beklagte habe die Kläger umfassend über alle mit der Errichtung der Gemeinschaftspraxis verbundenen steuerlichen Fragen belehren und ihnen deshalb auch den sichersten Weg zur Vermeidung von Gewerbesteuer zeigen müssen. Zwar stehe aufgrund der Beweisaufnahme fest, daß der Beklagte der Klägerin zu 1) gegenüber die betreffende Problematik im Jahre 1988 angesprochen habe. Damit habe er jedoch die ihm obliegende Aufklärungspflicht nicht erfüllt. Da er jedes Jahr die steuerrechtlichen Angelegenheiten der Kläger erledigt habe, hätte er sie in den Jahren 1989 bis 1991 jeweils erneut auf die Gewerbesteuerpflicht hinweisen und die dazu gebotenen Maßnahmen anregen müssen. Der Beklagte habe den ihm obliegenden Beweis, die Belehrung jeweils wiederholt zu haben, nicht erbracht.

#### **II.**

Gegen diese Erwägungen wendet sich die Revision mit Erfolg.

1. Nicht zu beanstanden ist allerdings der rechtliche Ausgangspunkt des Berufungsgerichts. Der Beklagte war infolge des ihm erteilten umfassenden Auftrags **verpflichtet, die Kläger**

**auch im gewerbesteuerlichen Bereich zu beraten.** Ergab sich für sie die Möglichkeit, durch eine **zulässige rechtliche Gestaltung die Gewerbesteuerpflicht zu vermeiden, ohne daß deshalb andere finanzielle Nachteile in gleicher Höhe drohten, so hatte der Beklagte ihnen in dieser Hinsicht die Rechtslage zu erläutern und den geeigneten Gestaltungsvorschlag zu unterbreiten** (vgl. BGH, Urt. v. 7.5. 1992 – IX ZR 151/91, GI 92, 209 = NJW-RR 1992, 1110, 1111; v. 9. 11. 1995 – IX ZR 161/94, GI 96, 3 = NJW 1996, 312, 313).

2. Das Berufungsgericht geht auch im Ergebnis richtig davon aus, daß Gewerbesteuerverbindlichkeiten nicht entstanden wären, wenn die Kläger eine gesonderte Gesellschaft für die Arzneimittelabgabe gegründet hätten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs wird ein Tierarzt, der aus seiner ärztlichen Abgabestelle für Arzneien Medikamente an die Halter der von ihm behandelten Tiere abgibt, nicht freiberuflich, sondern gewerblich tätig (BFHE 123, 199). Betreiben Tierärzte eine Praxisgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft, so ist in diesem Falle die gesamte, also auch die ärztliche, Tätigkeit als gewerblich anzusehen, so daß die Einnahmen in vollem Umfang der Gewerbesteuer unterliegen (BFHE 128, 67); dies beruht darauf, daß die Tätigkeit einer Gesellschaft, die einen Gewerbebetrieb unterhält, nach § 2 Abs. 2 GewStG stets und in vollem Umfang als gewerblich angesehen wird (BFHE 123, 505, 506; 128, 67, 69). Da mehrere Personengesellschaften jedoch nicht zu einem einheitlichen gewerbesteuerrechtlichen Steuersubjekt zusammengefaßt werden können (BFHE 130, 403), hätte die Ausgliederung des Arzneimittelverkaufs zur Folge gehabt, daß das Finanzamt die tierärztliche Tätigkeit der Kläger nicht als gewerblich hätte behandeln dürfen.

3. Die Kläger haben behauptet, zu der gewerbesteuerrechtlichen Problematik nicht in dem danach notwendigen Umfang beraten worden zu sein. Sie räumen zwar ein, daß der Beklagte der Klägerin zu 1) gegenüber nach Gründung der Gemeinschaftspraxis die Frage angesprochen habe. Die Klägerin habe damals aufgrund eines Telefonats mit der Tierärztekammer die unzutreffende Auffassung vertreten, die Praxis werde schon wegen der geringen Umsätze an

Medikamenten nicht gewerbsteuerpflichtig. Diesem Hinweis sei der Beklagte nicht entgegengetreten und habe danach keine weitere Aufklärung mehr erteilt. Dieses Vorbringen hat der Beklagte bestritten.

a) **Wer einen Steuerberater wegen unzureichender Beratung in Anspruch nimmt, hat – nicht anders als gegenüber einem Rechtsanwalt – die behauptete Pflichtverletzung zu beweisen.** Die damit verbundenen Schwierigkeiten werden dadurch ausgeglichen, daß die andere Partei zunächst im einzelnen darzulegen hat, in welcher Weise sie die Belehrung vorgenommen haben will (*Senatsurt. v. 3. 12. 1992 – IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1140; v. 11. 5. 1995 – IX ZR 130/94, GI 95, 178 = NJW 1995, 2842, 2843*). Bestreitet der Anwalt oder Steuerberater das ihm vorgeworfene Verhalten lediglich unsubstantiiert, gilt das Vorbringen des Mandanten als zugestanden (§ 138 Abs. 3 ZPO).

b) Die Revisionserwiderung meint, der Beklagte habe den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf nur pauschal in Abrede gestellt. Das ist indessen nicht zutreffend.

**Der Beklagte braucht nicht den Ablauf des Gesprächs in allen Einzelheiten darzustellen.** Damit wäre er in Anbetracht der seither vergangenen Zeit überfordert. Der rechtliche Berater kann einen entsprechenden, mehrere Jahre zurückliegenden Vorgang in der Regel nur dann umfassend darstellen, wenn er ihn in unmittelbarem zeitlichen Anschluß schriftlich festgehalten hat. Das würde seine Arbeit jedoch im Hinblick auf die Vielzahl der von ihm wahrzunehmenden Aufgaben unzumutbar erschweren und widerspräche häufig auch dem aus der Beauftragung entstandenen Vertrauensverhältnis zum Mandanten. **Daher genügt es, wenn der Berater im Prozeß die wesentlichen Punkte des Gesprächs in einer Weise darstellt, die erkennen läßt, daß er den ihm obliegenden Aufklärungs- und Hinweispflicht gerecht geworden ist.** Diese Anforderungen erfüllt das Vorbringen des Beklagten im Streitfall. Danach hat er die Klägerin zu 1) darauf hingewiesen, daß eine Aufteilung in eine zweite personenidentische Gesellschaft zur Vermeidung von Gewerbesteuer notwendig sei; die Klägerin sei dem jedoch mehrfach entgegen-

getreten und habe es unter Berufung auf eine von der Tierärztekammer erhaltene Auskunft abgelehnt, eine zweite Gesellschaft zu gründen. Diese Verteidigung gegen den Klageanspruch ist erheblich. Sie enthält die hinreichend konkretisierte Behauptung, der Beklagte habe sowohl das steuerrechtliche Problem zutreffend erläutert als auch die danach gebotene rechtsgestaltende Maßnahme empfohlen.

Wenn der Beklagte danach letztlich die verfehlte Rechtsauffassung der Klägerin zu 1) hingenommen hat, liegt darin noch kein pflichtwidriges Verhalten. Der Beklagte mußte zwar der Klägerin die Rechtslage umfassend erläutern und ihr die im Hinblick darauf gebotenen Ratschläge geben. **Eine besondere Nachdrücklichkeit und Eindringlichkeit kann dabei aber, ebenso wie bei einem Rechtsanwalt (vgl. dazu BGH, Urt. v. 5. 2. 1987 – IX ZR 65/86, GI 87, 66 = NJW 1987, 1322), nicht verlangt werden** (*Senatsurt. v. 11. 5. 1995, a.a.O.*). Der Beklagte hat vorgetragen, die Klägerin zu 1) wiederholt über die Problematik belehrt und ihr die gebotene Maßnahme, eine neue Gesellschaft zu gründen, empfohlen zu haben; dabei sei er jedoch immer auf denselben Widerstand gestoßen. Trifft das zu, hat der Beklagte der Klägerin zu 1) gegenüber die ihm obliegende Betreuung erbracht.

c) Das Berufungsgericht hat die Beweiserhebung nicht in dem Sinne gewürdigt, daß der Beklagte schon 1988 seine vertraglichen Pflichten verletzt hat. Es hat dazu nicht näher Stellung genommen, die Frage also offengelassen. Für die revisionsrechtliche Beurteilung ist demnach davon auszugehen, daß der Beklagte im Jahre 1988 vertragsgerecht beraten hat.

4. Auf dieser Grundlage war es rechtsfehlerhaft, eine Pflichtverletzung des Beklagten zu bejahen, weil er die Kläger nicht in den Jahren 1989 bis 1991 wiederum über die Problematik belehrt und die Gründung einer Arzneimittelabgabegesellschaft angeraten habe.

a) Das gilt einmal schon deshalb, weil das Berufungsgericht eine solche Unterlassung des Beklagten nicht positiv festgestellt, sondern lediglich eine Beweislastentscheidung zu seinen Ungunsten gefällt hat. Das Berufungsgericht meint, der Beklagte müsse die von ihm

behauptete Wiederholung der Belehrung in diesen Jahren beweisen, weil die Kläger für diesen Zeitraum bestreiten, daß neue Gespräche über das Thema der Gewerbesteuer stattgefunden hätten. Für diese Auffassung können die Tatrichter sich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom 22.1.1986 (IVa ZR 105/84, GI 86, 77 = NJW 1986, 2570) stützen, wonach der Berater beweisen muß, daß das Beratungsgespräch stattgefunden habe. Erst wenn dies feststehe, obliege dem Mandanten der Nachweis der Pflichtverletzung.

Der Senat hat schon in seinem Urteil vom 3.12.1992 (IX ZR 61/92, GI 93, 79 = NJW 1993, 1139, 1140) darauf hingewiesen, daß für eine solche Differenzierung kein einleuchtender Grund ersichtlich ist. **Unabhängig davon, ob der Steuerberater ein gebotenes Aufklärungsgespräch sachlich verfehlt geführt oder gänzlich unterlassen hat, handelt es sich um eine positive Vertragsverletzung (vgl. BGHZ 115, 382, 390), die als Anspruchsvoraussetzung von demjenigen bewiesen werden muß, der geltend macht, dadurch geschädigt worden zu sein.**

Für eine Anwendung des § 363 BGB ist demnach kein Raum. Diese Vorschrift besagt auch deshalb nichts für die hier vorzunehmende Beweislastverteilung, weil der Mandant in aller Regel gar nicht beurteilen kann, ob die erhaltene Beratung eine vertragsgemäße Leistung darstellt (zutreffend Baumgärtel/Laumen, Handbuch der Beweislast 2. Aufl. § 675 Rdnr. 41 f. m.w.N.). Das berechnete Interesse des Auftraggebers, mit seiner Klage nicht infolge unerfüllbarer Beweisforderungen zu scheitern, wird vielmehr dadurch angemessen gewahrt, **daß das Bestreiten des Beraters nur erheblich ist, wenn er konkret darlegt, wie die Betreuung ausgesehen hat, die er erbracht haben will (vgl. Senatsurt. v. 5.2.1987, a.a.O.; v. 11.5.1995, a.a.O.).**

Der Senat gibt daher die entgegenstehende Rechtsprechung des früheren IVa-Zivilsenats, von der er der Sache nach schon im Urteil vom 11.5.1995 (IX ZR 130/94, GI 95, 178 = NJW 1995, 2842, 2843) abgewichen ist, ausdrücklich auf. Einer Anrufung des Großen Senats für Zivilsachen bedarf es nicht, weil inzwischen allein der IX. Zivilsenat die Revisionen, die die Steuerberaterhaftung betreffen, zu bearbeiten hat.

b) Das Berufungsurteil ist in diesem Punkt auch deshalb rechtsfehlerhaft, weil nach den bisher getroffenen Feststellungen keine Pflichtverletzung des Beklagten darin liegt, daß er es unterlassen hat, die im Jahre 1988 gegebene Belehrung später erneut zu erteilen. **Hat er – wovon im Revisionsrechtszug auszugehen ist – die Klägerin zu 1) ursprünglich zutreffend und umfassend beraten, war er nicht verpflichtet, die Angelegenheit von sich aus in den folgenden Jahren wieder aufzugreifen.**

**Erweist sich der Mandant für die ihm eingehend erteilten Hinweise und Gestaltungsvorschläge als unzugänglich, ist es grundsätzlich nicht die Aufgabe des Beraters, die Eindringlichkeit seiner Belehrung zu steigern,** deshalb nach einiger Zeit die bisher erfolglose Beratung **zu wiederholen** und auf diese Weise den Versuch zu unternehmen, daß der Mandant doch noch die sachgerechten Maßnahmen ergreift (vgl. BGH, Urt. v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86, GI 87, 66 = NJW 1987, 1322, 1323). Es muß immer die freie Entscheidung des Mandanten bleiben, ob dieser den Vorschlägen seines rechtlichen Beraters folgt oder die ihm empfohlenen Maßnahmen unterläßt. Hat der Berater die ihm obliegende Aufgabe erfüllt und zeigt sich der Auftraggeber unbedingt und endgültig uneinsichtig, entstehen daraus in der Regel keine zusätzlichen Pflichten zu weitergehender Tätigkeit. Deshalb braucht der rechtliche Berater bei einem Dauermandant die Sache **nicht von sich aus in bestimmten Zeitabständen immer wieder anzusprechen, solange dafür kein hinreichender Anlaß besteht.** Ein solcher wäre etwa dann **gegeben, wenn der Mandant seinerseits das Thema wieder aufgreift, dem Berater in diesem Zusammenhang neue bedeutsame Umstände bekannt werden oder sich später herausstellt, daß er infolge der Weigerung, den vorgeschlagenen Weg zu gehen, weitere aus dem Mandat folgende Aufgaben nicht sachgerecht erledigen kann.** Solche Besonderheiten sind jedoch im Streitfall nicht festgestellt. Gewerbesteuererklärungen hatte der Beklagte nach der von der Klägerin zu 1) damals vertretenen Auffassung, die er hinnehmen mußte, nicht abzugeben. Die Kläger haben nicht behauptet, daß es auf dieser Grundlage nicht möglich gewesen sei, die übrigen anfallenden Leistungen, insbe-

sondere die Erklärungen zu den anderen Steuern, sachgerecht zu erbringen.

Zu Unrecht beruft sich das angefochtene Urteil in diesem Zusammenhang auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 15.5.1991 (IV ZR 85/90, GI 91, 2?? = VersR 1991, 873). Abgesehen davon, daß jenes Urteil allein die versicherungsrechtliche Frage betrifft, ob darin, daß ein Steuerberater in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren bei Abgabe der Steuererklärung den rechtlich gebotenen Hinweis unterläßt, mehrere deckungspflichtige Schadenfälle liegen, unterscheidet sich der Streitfall in einem entscheidenden Punkt von dem jenem Urteil zugrundeliegenden Sachverhalt. Hier ist – wie bereits dargelegt – davon auszugehen, daß der Steuerberater zunächst die ihm obliegende Beratung rechtzeitig und vollständig vorgenommen hatte. Zu der Frage, ob er die bereits sachgerecht erbrachte Leistung periodisch wiederholen muß, äußert sich das Urteil des IV. Zivilsenats vom 15.5.1991 nicht.

5. Eine Pflichtverletzung des Beklagten ist schließlich nicht darin zu sehen, daß er das **Beratungsgespräch** lediglich mit der Klägerin zu 1) geführt hat. Gewerbesteuerschuldner war allein die Gesellschaft (§5 Abs. 1 Satz 3 GewStG). Die Klägerin zu 1) führte die Verhandlungen mit dem Beklagten für diese; sie war unstreitig dazu befugt. **Überträgt eine Personenmehrheit einem ihrer Mitglieder die Aufgabe, die Verhandlungen mit dem rechtlichen Berater im Namen der Gemeinschaft zu führen, kann dieser mindestens nach den Grundsätzen der Anscheinsvollmacht davon ausgehen, daß es genügt, die notwendigen Belehrungen und Empfehlungen dem Vertreter zu erteilen** (vgl. auch BGH, Urt. v. 11.7.1991 – IX ZR 180/90, GI 92, 58 = NJW 1991, 2839). Der Beklagte durfte daher, solange sich für ihn keine dem entgegenstehenden Anhaltspunkte ergaben, annehmen, die Klägerin zu 1) habe schon wegen ihres eigenen unmittelbaren Interesses an der Angelegenheit ihren Mitgesellschaftler vollständig vom Inhalt der Gespräche mit dem Beklagten unterrichtet, und dieser habe sich der von ihr vertretenen Meinung angeschlossen. Der Beklagte brauchte daher, nachdem die Klägerin zu 1) seine Vorschläge abgelehnt hatte, nicht von sich aus an den Kläger zu 2) heranzutreten und den Versuch

zu unternehmen, diesen davon zu überzeugen, daß zur Vermeidung der Gewerbesteuerpflicht eine zweite Gesellschaft gegründet werden mußte. Dazu bestand für den Beklagten – sein Vorbringen als richtig unterstellt – im übrigen auch deshalb keine Veranlassung, weil sich die Klägerin zu 1) seinen Ratschlägen entschieden widersetzt hatte und eine weitere Gesellschaft nicht ohne ihre Zustimmung gegründet werden konnte.

### III.

Das angefochtene Urteil ist daher aufzuheben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen. Dabei hat der Senat von der Möglichkeit des §565 Abs. 1 Satz 2 ZPO Gebrauch gemacht.

Sollte das Berufungsgericht zu dem Ergebnis gelangen, daß die Kläger eine unzureichende Beratung des Beklagten zur Gewerbesteuerproblematik im Zusammenhang mit der Gründung der Gemeinschaftspraxis im Jahre 1988 bewiesen haben, wird zu prüfen sein, ob der Anscheinsbeweis dafür spricht, daß sie bei vertragsgerechter Beratung eine zweite Gesellschaft gegründet hätten (vgl. BGHZ 123, 311, 315 ff = GI 94, 3; BGH, Urt. v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94, GI 95, ? = NJW 1995, 2108, 2111, v. 9.11.1995 – IX ZR 161/94, GI 96, 3 = NJW 1996, 312, 314).

\*\*\*\*\*

## Erfolgshonorar des Anwaltes

- Abwickler einer Aktiengesellschaft
- Erfolgsabhängige Zusatzvergütung (BGH, Urt. v. 13.6.1996 – III ZR 113/95)

### Leitsatz:

**Zur Frage, ob eine Vereinbarung wirksam ist, durch die sich ein gerichtlich zum Abwickler einer Aktiengesellschaft bestellter Rechtsanwalt von einem außerhalb des durch diese Bestellung begründeten Rechts- und Treueverhältnisses stehenden Dritten (hier: einem Aktionär) ein Erfolgshonorar versprechen läßt.**

**Tatbestand:**

Der Beklagte ist Aktionär der V.B.M. AG. Über das Vermögen dieser Gesellschaft ist im Jahre 1973 das Anschlußkonkursverfahren eröffnet und im Jahre 1980 aufgehoben worden, ohne daß die Gesellschaft im Handelsregister gelöscht worden ist. Zum Vermögen der Gesellschaft gehörten auch mehrere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR belegene bebaute und unbebaute Grundstücke, die in der Bilanz von 1960 unter der Position „Grundbesitz in der Ostzone“ aufgeführt und mit einem Erinnerungswert von 1,00 DM in Ansatz gebracht worden waren.

Der Beklagte erwirkte am 16. 8. 1990 die gerichtliche Bestellung des Klägers zum Abwickler gemäß § 265 Abs. 3 AktG, um die auf dem Gebiet der damaligen DDR befindlichen Immobilien der VBM zugunsten der Gesellschaft zu sichern. Der Kläger, ein Rechtsanwalt, hatte sich auf Bitten des Beklagten bereitgefunden, diese Aufgabe zu übernehmen. Der Beklagte hatte ihm am 7. 8. 1990 zugesagt, ihn in Höhe von 20 % des Wertes am Erlös zu beteiligen, welchen die Gesellschaft und er, der Beklagte, als deren Hauptaktionär aus der Rückerstattung von Grundstücken in der DDR erhielten.

Der Kläger war in der Folgezeit als Abwickler für die VBM tätig und sicherte für diese den in der ehemaligen DDR belegenen Immobilienbesitz.

Das Registergericht hat die Vergütung, die die Gesellschaft dem Kläger für dessen Tätigkeit als Abwickler schuldet, einschließlich der Auslagen auf 799.654 DM festgesetzt. Der Kläger hat zur teilweisen Tilgung seiner Forderungen 200.000 DM aus dem Gesellschaftsvermögen entnommen. Ein Betrag von 651.003,25 DM ist vom Konkursverwalter zur Konkurstabelle anerkannt worden.

Im vorliegenden Rechtsstreit hat der – inzwischen als Abwickler abberufene – Kläger von dem Beklagten eine Vergütung für seine Tätigkeit verlangt und hilfsweise die Feststellung begehrt, daß der Beklagte ihm die vereinbarte Beteiligung am Erlös der gesicherten Grundstücke schulde. Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Gegen das Berufungsurteil hat der Kläger Revision eingelegt.

**Aus den Gründen:**

Die Revision ist zulässig, im Ergebnis aber nicht begründet.

1. Das Berufungsgericht hat den in erster Linie geltend gemachten Zahlungsanspruch des Klägers mit der Begründung abgewiesen, es habe sich nicht feststellen lassen, daß die Parteien eine den Beklagten persönlich zur Zahlung einer Vergütung an den Kläger für dessen Tätigkeit als Liquidator verpflichtende Individualvereinbarung getroffen hätten. Mit der Revision verfolgt der Kläger lediglich noch den im Berufungsrechtszug gestellten zweiten Hilfsantrag („Hilfs-Hilfsantrag“) weiter, der wie folgt lautet:

... festzustellen, daß der Beklagte dem Kläger 20 % des Wertes am Erlös schuldet, welchen die Aktiengesellschaft in Firma V.B.M. und der Beklagte als deren Hauptaktionär aus der Rückerstattung von Grundstücken in der ehemaligen DDR, jetzt in den fünf neuen Bundesländern einschließlich Ost-Berlins, erhalten, höchstens jedoch 400.000 DM.

Der Kläger nimmt die Auslegung hin, die das Berufungsgericht der Zahlungszusage des Beklagten vom 7. 8. 1990 gegeben hat. Er akzeptiert, daß das betreffende Entgelt nicht uneingeschränkt für die Ausübung des Amtes als Abwickler versprochen war, sondern für den Fall der Versilberung des maßgebenden Gesellschaftsvermögens und der Auskehrung eines Anteils an den Beklagten.

2. Zu Unrecht hat das Berufungsgericht die Zulässigkeit dieses Antrags mit der Begründung verneint, es fehle an einem Feststellungsinteresse.

a) Die Zahlungszusage des Beklagten an den Kläger vom 7. 8. 1990 begründete zwischen den Parteien ein **„gegenwärtiges“ Rechtsverhältnis**. Hierfür reicht es nämlich aus, daß die zwischen den Parteien bestehenden Beziehungen wenigstens die Grundlage bestimmter Ansprüche bilden (BGH, *Urt. v. 29. 4. 1993 – IX ZR 109/92 = GI 93, 364 = BGHR ZPO § 256 Abs. 1 Feststellungsinteresse 26 m.w.N.*). **Der hinreichenden Bestimmtheit des Anspruchs** des Klägers auf einen Anteil des bei der Veräußerung der Grundstücke zu erzielenden Erlöses steht nicht entgegen, daß die Veräußerung und die

Auskehrung des auf den Beklagten entfallenden Anteils noch nicht stattgefunden haben; es reicht vielmehr, daß beides nach dem normalen Gang der Dinge in nicht allzu ferner Zukunft zu erwarten ist. Der vom Berufungsgericht für die Umsetzung der zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Immobilien in Erwägung gezogene Zeitrahmen: „das letzte Dezennium dieses Jahrtausends“, d.h. die Zeitspanne von 1990 bis 2000, hält sich noch in diesem Rahmen des Überschaubaren. Es liegt auch nicht etwa so, daß dem Beklagten ein Rechtsstreit über gedachte Fragen aufgezungen wird, von denen ungewiß ist, ob sie jemals praktische Bedeutung erlangen können (*wie etwa bei einer unerlaubten Handlung, bei der ungewiß ist, ob sie jemals einen Schaden auslösen wird; vgl. zu dieser Fallgestaltung BGH, Urt.v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92 = GI 94, 2 = NJW 1993, 648, 654*). Zumindest nach dem dem Revisionsverfahren zugrunde zu legenden Sachvortrag des Klägers ist davon auszugehen, daß die „Versilberung“ der betroffenen Grundstücke ernsthaft betrieben werden soll und die Auskehrung eines Anteils am Überschuß an den Beklagten zu erwarten ist. Dies reicht aus, um den Eintritt der vereinbarten Bedingung aus dem Bereich des rein Theoretischen herauszuheben und den möglichen Anspruch des Klägers einer gerichtlichen Feststellung zugänglich zu machen.

b) Ein Interesse an **alsbaldiger** Feststellung ist gegeben, wenn dem Recht oder der Rechtslage des Klägers eine gegenwärtige Gefahr der Unsicherheit droht und das erstrebte Urteil geeignet ist, diese Gefahr zu beseitigen. Eine solche Gefährdung liegt in der Regel schon darin, daß der Beklagte das Recht des Klägers ernstlich bestreitet (*BGH, Urt.v. 29. 4. 1993 a.a.O.*). Dies ist hier der Fall, obwohl der Beklagte den hier in Rede stehenden Anspruch des Klägers ausdrücklich aus der erhobenen Verjährungseinrede ausgeklammert hat. Denn der Beklagte stellt – ganz unabhängig von der Verjährung – den Anspruch des Klägers aus Rechtsgründen in Abrede.

3. Gleichwohl kann die Revision im Ergebnis keinen Erfolg haben. Die Abweisung des Feststellungsantrages erweist sich nämlich aus anderen Gründen als richtig. Durch die – als solche unstreitige – Zahlungszusage des

Beklagten vom 7.8.1990, bestätigt durch Schreiben vom 29.10.1990, konnte ein wirksamer Anspruch des Klägers nicht begründet werden.

a) Der Kläger ist Rechtsanwalt. Bei der Zahlungszusage des Beklagten an den Kläger handelt es sich der Sache nach um die **Vereinbarung eines Erfolgshonorars**. Zwar unterfällt sie im vorliegenden Fall noch nicht dem im § 49b BRAO ausdrücklich normierten gesetzlichen Verbot der Vereinbarung eines Erfolgshonorars oder einer Beteiligung an dem erstrittenen Betrag (*quota litis*), weil sie vor dem 8.9.1994, dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte vom 2.9.1994 (*BGBI. I S. 2278*), getroffen worden war. Gleichwohl war schon nach der früheren ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs eine Erfolgshonorarvereinbarung eines Rechtsanwalts **nicht nur standeswidrig, sondern regelmäßig zugleich auch nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig** (*vgl. BGH, Urt.v. 22. 3. 1990 – IX ZR 117/88 = BGHR BGB § 138 Abs. 1 Rechtsanwalt 1, ferner Senatsurteil v. 4. 12. 1986 – III ZR 51/85 = NJW 1987, 3203, 3204 m.w.N.*). Die Vereinbarung eines Erfolgshonorars ist immer dann sittenwidrig, wenn dadurch die **Unabhängigkeit** des Rechtsanwalts gefährdet wird. Der Rechtsanwalt hat eine gesetzlich garantierte Stellung als unabhängiges **Organ der Rechtspflege** (§ 1 BRAO). Er ist der berufene unabhängige Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten (§ 3 Abs. 1 BRAO). Ihm sind damit Aufgaben übertragen, die ihn aus der Ebene allgemeiner wirtschaftlicher Betätigung herausheben. Dieser herausgehobenen Stellung entsprechend besondere Pflichten. Dazu gehört, daß der Rechtsanwalt sich die erforderliche Freiheit gegenüber seinem Auftraggeber und dessen Belangen bewahrt. Er darf sich in seiner beruflichen Tätigkeit nur von Rücksichten auf die von ihm betriebene Sache leiten lassen. **Diese Unabhängigkeit gefährdet er, wenn er sein Interesse an einer angemessenen Entlohnung seiner Dienste mit dem Interesse der Partei an einem ihr günstigen Ausgang der Sache dadurch verquickt, daß er seine Vergütung ganz oder teilweise von der erfolgreichen Durchführung des Auftrags abhängig macht.** In solchen Fällen ist zumindest die



Gefahr nicht auszuschließen, der Rechtsanwalt strebe den Erfolg ohne Rücksicht auf die wirkliche Sach- und Rechtslage mit nicht zu billigen Mitteln an. Kaufmännische Erwägungen können dann bei ihm so sehr in den Vordergrund treten, daß sie mit seiner gesetzlichen Stellung als Rechtsanwalt nicht zu vereinbaren sind (BGH, Urteile v. 22. 3. 1990 und v. 4. 12. 1986 jeweils a.a.O.).

b) Die Rechtsprechung hat es zwar in Einzelfällen zugelassen, daß der Rechtsanwalt bestimmte Geschäfte, insbesondere Grundstücksgeschäfte, nicht im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit, sondern im Rahmen sonstiger wirtschaftlicher Betätigung, etwa als Makler, führt. In solchen Fällen mag er sich auch **erfolgsabhängige Provisionen** versprechen lassen können, ohne gegen das vorbezeichnete Verbot zu verstoßen (vgl. zu einer solchen Fallgestaltung etwa: BGH, Urt. v. 31. 10. 1991 – IX ZR 303/90 = GI 93, 262 = NJW 1992, 681). An die **Her- auslösung eines solchen Geschäfts aus der allgemeinen Anwaltstätigkeit sind jedoch strenge Anforderungen zu stellen**; der bloße Hinweis darauf, daß der Rechtsanwalt nicht als solcher, sondern als Makler tätig werde, reicht nicht aus (Senatsurteil v. 5. 4. 1976 – III ZR 79/74 = WM 1976, 1135; vgl. auch BGHSt 34, 295, 298). Ein Rechtsanwalt kann daher nicht für die Vermittlung eines Grundstücksgeschäfts mit seinem Mandanten als Honorar einen prozentualen Anteil am erzielten Kaufpreis vereinbaren (BGH, Urt. v. 16. 2. 1977 – IV ZR 55/75 = WM 1977, 551; Senatsurt. v. 5. 4. 1976 a.a.O.).

c) Im vorliegenden Fall war die Tätigkeit des Klägers als **Abwickler** eine solche gewesen, die den Tatbeständen des § 1 Abs. 2 BRAGO unterfiel; sie war somit aus den **gesetzlichen Gebüh- rentatbeständen der BRAGO ausgenommen**. Den in § 1 Abs. 2 BRAGO genannten Bei- spielen ist gemeinsam, daß der Rechtsanwalt nicht im Auftrag einer Partei und in deren Inter- esse tätig wird. Vielmehr ist er selbständig tätig, an Weisungen eines Auftraggebers nicht ge- bunden, in der Verantwortung auf sich gestellt. **In keinem dieser Fälle besteht ein recht- liches oder tatsächliches Monopol der Rechtsanwaltschaft** (Riedel/Sußbauer/Fraun- holz, BRAGO, 6. Aufl. 1988 § 1 Rn. 32). Die Ver- gütungen sind häufig anderweitig gesetzlich geregelt, so z. B. hier in § 265 Abs. 4 AktG. Diese

Ausklammerung aus den Gebührentatbe- ständen der BRAGO ändert jedoch nichts daran, daß die betreffenden Tätigkeiten, wenn und soweit sie von einem Rechtsanwalt wahr- genommen werden, von dessen Stellung als unabhängigem Organ der Rechtspflege im Sinne des § 1 BRAO mitumfaßt werden können und der Sache nach Besorgung von Rechtsan- gelegenheiten im Sinne des § 3 Abs. 1 BRAO darstellen können. Dies gilt zumindest für Fälle wie den vorliegenden, in dem die Sicherung des im Beitrittsgebiet belegenen Grundbesitzes der Gemeinschuldnerin nach der eigenen Darstel- lung des Klägers eine Fülle von spezifisch juristi- schen Maßnahmen und Schritten erforderte.

d) Dies bedeutet, daß den Kläger die Verpflich- tung traf, sich seine persönliche und sachliche Unabhängigkeit in dem oben dargelegten Sinne zu erhalten (zur Bedeutung dieses Gesichtspunktes siehe auch die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte, BT-Drucks. 12/4993 S. 31). Diese Unabhängigkeit wird zwar nicht schon dadurch tangiert, daß der Rechtsanwalt für die unter § 1 Abs. 2 BRAGO fallenden Tätigkeiten diejenige Vergütung erhält, die für die dort aufgeführten Sachwalter typisch ist. Deswegen mag der Hin- weis der Revision zutreffen, daß diese Vergü- tung sich nach einem Bruchteil der verwalteten und verteilten Aktivmasse, des geordneten, ver- walteten und verteilten Nachlaßwertes oder des geordneten und verwalteten Vermögens bemißt (nach den Berechnungsgrundlagen, wie sie etwa bei Gerold/Schmidt/Madert, BRAGO, 11. Aufl. 1991, § 1 Rn. 20–41, wiedergegeben werden). In diesem Sinne wird im Schrifttum die Auffassung vertreten, bei der gerichtlichen **Fest- setzung der Höhe der Vergütung nach § 265 Abs. 4 Satz 2 AktG** sei sinnvollerweise von dem Betrag auszugehen, der den Vorstandsmitglie- dern einer Aktiengesellschaft als Abwicklern zustehe. Denn die in § 265 Abs. 4 AktG getrof- fene Regelung entspricht derjenigen, die in § 85 Abs. 4 AktG für die Notbestellung von Vorstands- mitgliedern enthalten ist (vgl. Hüffer in Geßler/ Hefermehl/Eckardt/Kropff, AktG, Stand 1986, § 265 Rn. 32). Daher kann für die Höhe der Ver- gütung des Abwicklers auch auf die Grundsätze zurückgegriffen werden, die in § 87 Abs. 1 AktG für die Höhe der Bezüge der Vorstandsmitglieder



aufgestellt sind. Wenn dort unter anderem auch auf die Gewinnbeteiligungen als Anknüpfungspunkt für die Vergütung abgestellt wird, so ermöglicht dies in gewissem Umfang die Berücksichtigung erfolgsorientierter Kriterien. Davon geht auch das vom Registergericht im Falle des Klägers eingeholte Sachverständigen-gutachten aus.

e) Im vorliegenden Fall geht es jedoch nicht um dieses Verhältnis des Klägers zu der Aktiengesellschaft. **Die gesetzliche Vergütung nach § 265 Abs. 4 AktG hat der Kläger vielmehr gerichtlich festgesetzt erhalten** und gegenüber dem Konkursverwalter angemeldet. Die im vorliegenden Rechtsstreit **begehrte Feststellung betrifft ausschließlich eine im privaten nützigen Interesse des Beklagten an einem Erfolg der Tätigkeit des Klägers zugesagte Zusatzvergütung**, die nach den zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen in der vom Kläger nicht angegriffenen (und im übrigen auch revisionsrechtlich nicht zu beanstandenden) Auslegung des Berufungsgerichts überhaupt nur zum Tragen kommen kann, wenn aus der „Versilberung“ der gesicherten Grundstücke ein Überschuß zugunsten der Gesellschaft oder des Beklagten zur Verteilung gelangt, was voraussetzt, daß alle vorrangigen Gesellschaftsgläubiger, darunter auch der Kläger, wegen ihrer zur Konkurstabelle festgestellten Forderungen voll befriedigt worden sind. **Die Vereinbarung eines derartigen Erfolgshonorars zwischen dem Kläger und dem Beklagten als einem außerhalb des durch die Bestellung als Abwickler der Aktiengesellschaft begründeten Rechts- und Treueverhältnisses stehenden Dritten schafft zumindest die Möglichkeit eines Konflikts zwischen den Interessen der Gesellschaft einerseits und den nicht notwendig gleichgerichteten Interessen des Beklagten auf der anderen Seite.**

Deswegen ist einem Rechtsanwalt, auch wenn er hier eine Funktion wahrgenommen hat, die § 1 Abs. 2 BRAGO unterfiel, der Abschluß einer derartigen Vereinbarung verwehrt. Der Grundgedanke, auf dem das Verbot eines Erfolgshonorars und einer quota litis beruht, trifft nämlich auch auf die hier zu beurteilende Vereinbarung zwischen den Parteien zu.

## Kündigung einer Anwaltssozietät

- fristlose Kündigung
- wichtiger Grund
- Zumutbarkeit der Fristeinhaltung  
(BGH, Urt. v. 10. 6. 1996 – II ZR 102/95)

### Leitsatz:

**Zum Fehlen eines wichtigen Grundes für die außerordentliche Kündigung einer Rechtsanwaltssozietät, wenn unter Berücksichtigung des gesellschaftswidrigen Verhaltens aller Teile die gebotene Gesamtabwägung ergibt, daß eine Fortsetzung der Gesellschaft bis zur Wirksamkeit der ordentlichen Kündigung nicht unzumutbar ist.**

### Tatbestand:

Die Parteien waren Mitglieder einer Rechtsanwaltssozietät, die jedenfalls zum 30.4.1992 beendet worden ist; mit Klage und Widerklage haben die Parteien aber darum gestritten, ob das Gesellschaftsverhältnis zu einem früheren Zeitpunkt durch fristlose Kündigung, nämlich entweder durch diejenige der Kläger vom 8./16. 1. 1992 oder durch die des Beklagten vom 19.4.1992 aufgelöst worden ist. Die Entscheidung des Berufungsgerichts, daß die fristlose Kündigung der Kläger unwirksam war, ist mit Rücksicht auf den Beschluß des Senats, mit dem er die Annahme der hiergegen eingelegten Revision abgelehnt hat, inzwischen rechtskräftig geworden. Im Revisionsverfahren geht es allein noch um die – von dem Berufungsgericht bejahte – Wirksamkeit der von dem Beklagten ausgesprochenen fristlosen Kündigung vom 19.4.1992.

Nachdem der Sozietätsvertrag, der jeweils mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden konnte, zwischen den Parteien bereits seit 1971 bzw. – soweit es um den Kläger zu 4 geht, seit – 1978 bestanden hatte, kam es im Laufe des Jahres 1991 zu sich mehr und mehr verschärfenden, schließlich nicht nur die Führung der Kanzlei, sondern auch das Sozietätsverhältnis

selbst einbeziehenden Meinungsverschiedenheiten unter den Partnern. Die im Zusammenhang damit geführten zahlreichen Besprechungen betrafen auch die Frage des etwaigen Ausscheidens des Beklagten aus der Sozietät. Am 6.1.1992 machte der Beklagte deutlich, keine Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit zu sehen, und forderte ultimativ für den Fall seines von ihm ausdrücklich angebotenen Ausscheidens aus der Gesellschaft eine Abfindung, die jenseits der Millionengrenze lag. Dem wollten die Kläger nicht entsprechen und reagierten mit der fristlosen Kündigung des Sozietätsvertrages vom 8./16.1.1992. Der Beklagte ließ diese Kündigung mit Schreiben vom 22.1.1992 zurückweisen, widerrief zugleich die Einzelgeschäftsführungsbefugnis und die Vollmachten der Kläger und informierte über diesen Schritt unter dem 27.1.1992 die Hausbanken der Sozietät, wobei er das genannte an die Kläger gerichtete Anwaltsschreiben vom 22.1.1992 beifügte; in diesem Schreiben ist u.a. davon die Rede, die Sozietät sei „hoch verschuldet“. Diese Mitteilung zog nicht unerhebliche Liquidationsprobleme der Sozietät nach sich, denen die Kläger nur durch besondere Maßnahmen – dazu gehörte auch die Stellung von Sicherheiten aus ihrem Privatvermögen – begegnen konnten. Nachdem der Beklagte Ende Februar 1992 aus dem Urlaub zurückgekehrt war, haben die Kläger ihm eine Bürogemeinschaft angeboten, die ihm die Weiterbearbeitung seiner Mandate ermöglichte, ihn aber vom Zugang zu den eigentlichen Sozietätsangelegenheiten abschnitt. In den ab Ende März verwendeten Kopfbögen der Anwaltskanzlei wurde der Beklagte nicht mehr aufgeführt. Er hat zu diesem Zeitpunkt die Büroräume verlassen und seine Anwaltstätigkeit von da an von seiner Wohnung ausgeübt.

Im Februar und März 1992 haben die Parteien über die eingetretene Situation verhandelt, die Kläger sind auf den Wunsch des Beklagten nicht eingegangen, die strittigen Fragen durch ein Schiedsgericht klären zu lassen. Der von dem Beklagten eingeschaltete Anwalt hat daraufhin unter dem 8.4.1992 erklärt, der Beklagte werde sich nunmehr selbst helfen und die Streitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten austragen; in demselben Schreiben ist der Antrag gestellt worden, den Kläger zu 3 aus der Sozietät

auszuschließen, weil er wegen Krankheit und Alkoholabhängigkeit den Beruf eines Rechtsanwalts in einer den Anforderungen des Berufsstandes entsprechenden Weise nicht mehr ausüben könne. Gestützt auf die Weigerung der übrigen zur Abstimmung berufenen Sozien, den Kläger zu 3 aus der Gesellschaft auszuschießen, hat der Beklagte seinerseits am 19.4.1992 das Gesellschaftsverhältnis fristlos gekündigt.

Das Landgericht hat der auf Feststellung der Wirksamkeit der fristlosen Kündigung der Kläger vom 8./16.1.1992 gerichteten Klage stattgegeben und die Entscheidung über die Widerklage des Beklagten, der die Feststellung der Wirksamkeit der von ihm ausgesprochenen fristlosen Kündigung und außerdem die Verurteilung der Kläger zur Zahlung von 1,2 Mio. DM begehrt hatte, abgetrennt. Das Oberlandesgericht hat auf die Berufung des Beklagten die Klage abgewiesen und den Feststellungsantrag der Widerklage an sich gezogen und ausgesprochen, daß die Kündigung des Beklagten wirksam ist. Die hiergegen von den Klägern eingelegte Revision hat der Senat allein insofern angenommen, als das Oberlandesgericht dem Feststellungsbegehren der Widerklage stattgegeben hat.

### **Aus den Gründen:**

Die Revision der Kläger ist, soweit der Senat sie angenommen hat, begründet. Das Berufungsgericht hat dem mit der Widerklage erstrebten Feststellungsbegehren des Beklagten, das es mit zutreffender Begründung und mit Zustimmung der Parteien an sich gezogen hat, zu Unrecht entsprochen. Auch für ihn bestand kein wichtiger Grund für die Kündigung, der es ihm unzumutbar machte, das Sozietätsverhältnis bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist fortzusetzen.

**Ein Personengesellschaftsverhältnis kann nach der ständigen Rechtsprechung des Senats aus wichtigem Grund (§ 723 Abs. 1 Satz 2 BGB) dann gekündigt werden, wenn dem kündigenden Gesellschafter nach Treu und Glauben eine Fortsetzung der Gesellschaft bis zum nächsten ordentlichen Kündigungstermin nicht zugemutet werden**

**kann, wobei neben den in § 723 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz BGB genannten Tatsachen alle Einzelumstände des Falles – u. a. der Zweck und die Struktur der Gesellschaft, ihre Dauer, die Intensität der persönlichen Zusammenarbeit und der bis zur ordentlichen Beendigung des Gesellschaftsverhältnisses verbleibende Zeitraum – in eine Gesamtabwägung einzubeziehen sind** (vgl. BGHZ 4, 108, 113; BGHZ 84, 379, 382 f; BGH, Urt. v. 18. 11. 1974 – II ZR 107/73, WM 1975, 329, 330 f; ferner MüKo z. BGB/Ulmer, 2. Aufl., § 723 RdNr. 20 ff; Schlegelberger/K. Schmidt, HGB, 5. Aufl., § 133 RdNr. 21 jew. m.w.N.). Auch das Berufungsgericht geht bei seiner Entscheidung von diesen Grundsätzen aus, es hat jedoch den Sachverhalt nur unvollständig (§ 286 ZPO) und einseitig ausgewertet und ist deswegen nicht zu der gebotenen Gesamtabwägung aller Umstände des Falles gelangt.

Zutreffend – und von der Revision als ihr günstig nicht angegriffen – hat das Berufungsgericht allerdings angenommen, daß die Weigerung der zur Abstimmung berufenen Sozien, dem gegen den Kläger zu 3 gerichteten Ausschließungsbegehren des Beklagten zu folgen, keinen wichtigen Grund darstellt. Zu diesem Ergebnis durfte das Oberlandesgericht – anders als die Revisionserwiderung meint – gelangen, ohne den für den angeblichen Alkoholmißbrauch des Klägers zu 3 angetretenen Beweis zu erheben. Denn nach den verfahrensfehlerfrei getroffenen Feststellungen des Berufungsgerichts kann ausgeschlossen werden, daß sich der Kläger zu 3, wenn man dessen Alkoholkrankheit zugunsten des Beklagten als richtig unterstellt, in einem Zustand befunden hat, der ihn zur Ausübung des Berufs eines Rechtsanwalts unfähig machte. Allein dann wäre überhaupt in Betracht zu ziehen gewesen, daß die übrigen Sozien mit ihrer Weigerung, den Kläger zu 3 aus der Sozietät auszuschließen, einen Zustand herbeigeführt hätten, durch den es dem Beklagten unzumutbar geworden wäre, das Sozietätsverhältnis auch nur bis zum nächst möglichen Kündigungszeitpunkt fortzusetzen. Mit Recht hat das Berufungsgericht dem Beklagten angesonnen, nach anderen, weniger einschneidenden Wegen zu suchen, um dem Kläger zu 3 zu helfen und zugleich das Entstehen von Nachteilen für die Gesellschaft zu vermeiden.

Nicht gefolgt werden kann dem Oberlandesgericht aber in seiner Beurteilung, daß die Kläger mit ihren ab Ende Februar 1992 ergriffenen büroorganisatorischen Maßnahmen den Beklagten in einer Weise diskriminiert hätten, daß ihm auch unter Berücksichtigung seines eigenen Verhaltens eine Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses nicht einmal für den überschaubaren Zeitraum bis zum Wirksamwerden der von der Gegenseite bereits ausgesprochenen ordentlichen Kündigung zumutbar war. Mit dieser sich weithin in Leerformeln erschöpfenden Abwägung des Verhaltens beider Teile mißt das Berufungsgericht weder dem Vorgehen des Beklagten noch dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse die erforderliche Bedeutung bei und gelangt deswegen zu einer Überbewertung der Verhaltensweisen der Kläger.

Der Beklagte war allerdings, da die **fristlose Kündigung** der Kläger vom 8. 1. 1992 **ungerechtfertigt** war, nach wie vor Mitglied der Sozietät und hatte deswegen, wie das Berufungsgericht mit Recht ausgesprochen hat, einen Anspruch darauf, entsprechend dem Gesellschaftsvertrag ebenso behandelt zu werden wie die übrigen Mitglieder der Sozietät. Wenn er durch die von den Klägern verfügten büroorganisatorischen Maßnahmen von den die Sozietät betreffenden Angelegenheiten weitgehend abgeschnitten und ihm lediglich die Möglichkeit eingeräumt wurde, seine Mandate nach Art einer Bürogemeinschaft in den Räumen und mit den personellen und sachlichen Mitteln der Kanzlei fortzuführen, so lag darin eine **gesellschaftsvertragswidrige Ungleichbehandlung**. Dieses Vorgehen der Kläger war auch objektiv vorwerfbar, denn sie wußten aus der Reaktion des Beklagten, daß er die fristlose Kündigung nicht hinzunehmen bereit war, und sie haben es bewußt in Kauf genommen, daß die von ihnen ausgesprochene Kündigung bei der zu erwartenden gerichtlichen Prüfung für unwirksam erklärt werden würde.

Auf der anderen Seite dürfen diese Maßnahmen, die zunächst nur intern wirksam wurden und erst Ende März, als die Kläger dem Beklagten die Verwendung des gemeinsamen Kopfbogens verwehrten, allgemein erkennbare Außenwirkung entfalteten, nicht isoliert bewertet werden. Denn sie sind nicht, wie das Berufungsgericht anzunehmen scheint, nur eine Um-

setzung der ausgesprochenen fristlosen Kündigung, sondern auch eine Reaktion auf das Vorgehen des Beklagten gewesen. Er hat sich nicht darauf beschränkt, die ihm unberechtigt erscheinende Kündigung zurückzuweisen und den Klägern, wie er für geboten hielt, die Vertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis zu entziehen; vielmehr hat er als erster den bis dahin **intern gebliebenen Streit der Gesellschaft nach außen getragen** und die Hausbanken der Sozietät über seine Maßnahme gegenüber den Mitgesellschaftern in Kenntnis gesetzt. Hierzu bestand kein Anlaß, da er auch nach seinem eigenen Vortrag nicht annehmen mußte, die Kläger würden den Widerruf der Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis nicht beachten.

Der Beklagte hat sich aber nicht einmal auf diese schlichte, für sich allein bereits das ohnehin gestörte Gesellschaftsverhältnis erheblich belastende, zudem mehrtätige Liquiditätsschwierigkeiten der Sozietät heraufbeschwörende Maßnahme beschränkt, sondern obendrein den Banken sein Schreiben vom 22. 1. 1992 zugeleitet, in welchem der Streit der Partner aus seiner Sicht beleuchtet wurde und das außerdem die Mitteilung enthielt, **die Sozietät sei „hoch verschuldet“**. Das konnte von den kreditgebenden Banken nicht als Anwendung eines Druckmittels in dem internen Streit der Partner gedeutet werden, sondern mußte – wie dem Beklagten nicht verborgen bleiben konnte – bei ihnen den Eindruck hervorrufen, daß die finanzielle Lage der Sozietät derart angespannt war, daß einer der Partner sich aus der solidarischen Verantwortung für die Gesellschaft lösen und künftig nicht mehr mit seinem Privatvermögen für die gemeinsamen Verbindlichkeiten einstehen wollte. Dadurch haben sich die übrigen Sozien nicht nur in einen Erklärungszwang gegenüber den Hausbanken gesetzt gesehen, sondern waren auch gezwungen, **die Bankverbindungen neu zu ordnen** und im Zusammenhang damit **zusätzliche Sicherheiten aus ihrem Privatvermögen zu stellen**. Der Beklagte hat damit nicht nur dem Ansehen der Gesellschaft geschadet, sondern sich im Ergebnis nach außen sichtbar **außerhalb der Haftungsgemeinschaft der Sozietät gestellt** und durch dieses Verhalten die Reaktion seiner Partner herausgefordert, ihn künftig auch als

Außenstehenden zu behandeln, ihm jedenfalls den Einblick in und die Möglichkeit der Einflußnahme auf die von ihnen bearbeiteten Mandate zu verwehren und ihn lediglich in die Lage zu versetzen, nach Art einer Bürogemeinschaft seine eigenen Mandate weiter zu bearbeiten.

Die gebotene Gesamtabwägung, die der Senat selbst vornehmen kann, weil weitere tatsächliche Feststellungen nicht in Betracht kommen, führt dazu, daß das Vorhandensein eines wichtigen Grundes für die von dem Beklagten ausgesprochene fristlose Kündigung zu verneinen und dementsprechend das Feststellungsbegehren der Widerklage abzuweisen ist. Nachdem der Beklagte den gesellschaftsinternen Konflikt ohne Not nach außen getragen und dafür Sorge getragen hat, daß er hinsichtlich der aus der gemeinsamen Tätigkeit der Sozietät entstehenden Verpflichtungen nicht ohne weiteres persönlich belangt werden konnte, kann den Klägern nicht als die fristlose Beendigung des Gesellschaftsverhältnisses rechtfertigendes schwerwiegendes Verhalten angelastet werden, daß sie die genannten büroorganisatorischen Maßnahmen ergriffen und ihm – Wochen später – verboten haben, nach außen als ein nach wie vor der Sozietät angehörender Anwalt aufzutreten. Daß auch der Beklagte selbst dies nicht anders beurteilt hat, wird schon daraus deutlich, daß er – obwohl er den Streit um die Benutzung der gemeinsamen Briefbögen gerichtlich ausgetragen hat – seine fristlose Kündigung auf dieses Verhalten seiner früheren Partner nicht gestützt hat, sondern erst rund zweidreiviertel Jahre später, im Anschluß an die Erörterungen in dem als Schlußverhandlung gedachten Verhandlungstermin vor dem Berufungsgericht, auf diesen Komplex zurückgekommen ist und die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung erreicht hat.

## GI Leitsätze

### Bilanzierungsfehler/nachträgliche Korrekturen/bestandskräftige Vorveranlagungen

Dem Großen Senat des BFH wird folgende Rechtsfrage vorgelegt: Erlaubt § 174 Abs. 4 AO 1977 die Aufhebung eines Steuerbescheids, in dem ein früherer Bilanzierungsfehler korrigiert wurde, mit der Begründung, daß mit der Aufhebung des angefochtenen Bescheids nach § 174 Abs. 4 AO 1977 die Möglichkeit geschaffen wird, die Vorjahresveranlagung zu ändern?

(BFH, v. 16. 2. 1996 – I R 150/94)

– LEXinform 0136326, Steuer-Telex 2329)

#### Anmerkung:

Der erste Senat des Bundesfinanzhofes sieht über § 174 Abs. 4 AO nicht die Möglichkeit eröffnet, fehlerhafte Bilanzierungsansätze in der Anfangsbilanz zu berichtigen, soweit hier bestandskräftige Veranlagungen schon erfolgt sind. Im vorliegenden Fall wollte das Finanzamt u. a. Rückstellungen kürzen.

### Prozeßvollmacht durch Telefax/Wiedereinsetzung

1. Eine Prozeßvollmacht muß dem Gericht im Original vorgelegt werden. Die Übermittlung einer Telekopie (Telefax) wahrt die nach § 62 Abs. 3 FGO gesetzte Ausschußfrist nicht (*Anschluß an BFH-Urt. v. 28. 11. 1995 – VII R 63/95, BStBl. II 1996, 105*).

2. Ist der Bevollmächtigte nicht ausdrücklich aufgefordert worden, dem Gericht die Originalurkunde vorzulegen, kann im Hinblick auf die abweichende bisherige Rechtsprechung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Betracht kommen.

(BFH, v. 14. 3. 1996 – IV R 44/95)

– LEXinform 0136322, Steuer-Telex 2328)

#### Anmerkung:

Die Wiedereinsetzung wurde auch gewährt, weil das BGH-Urt. v. 23. 6. 1994 (*BGHZ Band 126, 266 = GI 1994, 296, Leitsatz*) noch nicht ergangen war, der Bevollmächtigte die Original-

vollmacht unmittelbar nach dem Telefax nachreichte, diese aber nicht innerhalb der üblichen Postlaufzeiten beim Finanzgericht ankam.

### Erkrankung des Steuerberaters / FG-Prozeß in eigener Sache / Anordnung zur Bestellung eines Bevollmächtigten

Die Anordnung, einen Bevollmächtigten zu bestellen, kann gegen einen Steuerberater, der in eigener Sache auftritt, gerechtfertigt sein, wenn dieser wegen Erkrankung seiner prozessualen Mitwirkungspflicht nicht ausreichend nachkommen kann.

(Beschl. v. 9. 11. 1995 – XI B 149/94)

– BFH/NV 1996, 481)

## GI Hinweise

1. Die Neuauflage des Schmidt, Einkommensteuergesetz ist erschienen. Schwerpunkt der Neuauflage bilden die umfangreichen und komplexen Änderungen durch das Jahressteuergesetz 1996 sowie das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz. Vor allem wird erläutert die Grenzgängerregelung, der Familienleistungsausgleich, die Kindergeldauszahlung durch den Arbeitgeber, die neue Arbeitszimmerregelung, die veränderten Reisekosten- und Verpflegungsmehraufwendungen sowie die Restriktionen bei der doppelten Haushaltsführung (Schmidt, EStG, 15. völlig neu bearbeitete Auflage 1996, 2420 Seiten, DM 164,-, ISBN: 2-406-39935-5)

2. Feldhausen legt im Dr. Peter Deubner Verlag Köln sein neues Werk „**Wege aus der GmbH**“ vor. Die Neuerscheinung wird im Rahmen der STEUER-TELEX-Sonderinformation veröffentlicht. Sie ist praxisorientiert und zeigt die wichtigen Argumente auf, die den Wechsel von der GmbH in die Personengesellschaft oder in die Form eines Einzelunternehmens ratsam erscheinen lassen. Das neue Umwandlungs- und Umwandlungssteuerrecht macht den steuerneutralen Wechsel in eine andere Gesellschaftsform möglich. Feldhausen behandelt die zivilrechtlichen und die steuerrechtlichen Aspekte

der Umwandlung. (Rechtsanwalt und Steuerberater Dr. Peter Feldhausen, Wege aus der GmbH, 1996, 84 Seiten DIN A 4, 38,80 DM, ISBN: 3-88606-170-1, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln)

3. Die neuen **Lohnsteuer-Richtlinien 1996** stellen neue Anforderungen an die Beratungspraxis und alle Arbeitgeber. Der Wegfall der Zusatztabellen aufgrund der Steuerfreistellung des Existenzminimums, die Änderungen bei der Auszahlung des Kindergeldes und zahlreiche Neuerungen bei den steuerfreien Arbeitgeberleistungen und der Pauschalierung von Direktversicherungs- und Pensionskassenbeiträgen führen zu erhöhtem Beratungsbedarf. Die Beratungsschrift von Niermann bietet kompetente Informationen. Alle Fragen werden aus der Sicht des steuerlichen Beraters und des Arbeitgebers dargestellt, erläutert und umfassend beantwortet. (Dipl.-Finanzw. Walter Niermann, Die neuen Lohnsteuer-Richtlinien 1996, Texte - Kommentierungen - Beratungshinweise, 1996, 112 Seiten DIN A 4, 77,60 DM, ISBN 3-88606-173-6, Dr. Peter Deubner Verlag GmbH, Köln)

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 - 9, 1996)

### Abschlußprüfung

- Dritthaftung 96, 176
- und Steuerberatung, § 319 HGB 96, 169

### AG-Vorstand

- als Steuerberater 96, 191

### Akteneinsicht

- Ermittlungsakten, StA 96, 188
- Übersendung? 96, 102

### Amtspflichtverletzung

- für Erfüllungsgehilfen 96, 29
- StB-Kosten 96, 106

### Anderkonto

- Festgeldanlage 96, 216
- Verfügung über Gelder 96, 136
- Verrechnung mit Gebührenforderung 96, 136

### Auskunftsvertrag

- Schaden 96, 42
- = Grunderwerbsteuer

### Bankrott

- mangelhafte Buchführung 96, 54

### Bauherrenmodell

- Schadenersatz, negatives Interesse 96, 129

### Belehrungspflicht d. Notars

- Beweislast 96, 109
- Vorleistung, ungesicherte 96, 109

### Belehrungspflicht d. StB/WP

- Beweislast
  - = unterlassene Belehrung 96, 221
- Dokumentationspflicht? 96, 221
- Gewerbesteuerücklage 96, 81
- nach Notaranfrage? 96, 117
- Reinvestitionsrücklage 96, 81
- ungefragte -
  - = bei Notaranfrage 96, 117
  - = Reinvestitionsrücklage 96, 81
  - = vollständige - 96, 3
- Wiederholung, Pflicht zur - 96, 221

### Bereicherungsanspruch, § 812 Abs. 1, Satz 1 BGB

- nichtiger Steuerberatungsvertrag 96, 196

### Berufshaftung

- Belehrung über Fehler  
in den eigenen Arbeiten 96, 183

### Berufsverbot

- d. RA
  - = wegen Falschaussage 96, 203
  - = wegen Zeugenbeeinflussung 96, 203
- d. StB
  - = wegen Vermögensverfall 96, 54, 89

### Betrug

- Sicherheiten, vollwertige 96, 120

### Beweislast

- für rechtmäßiges Alternativverhalten 96, 71

### BFH-Rechtsprechung

- Erschließungskosten  
als Werbungskosten 96, 54
- gewerblicher Grundstückshandel 96, 150

### Bilanzberichtigung

- Vorjahresbilanzen? 96, 233

### Buchführung, mangelhafte

- Bankrott 96, 54

### Dritthaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung  
zugunsten Dritter
  - = Bilanzerstellung 96, 96
  - = Prüfungsauftrag 96, 71, 176
  - = Sachverständigengutachten 96, 41
  - = Testamenterrichtung 96, 39
  - = Testat 96, 96

### Eigentumswohnung

- Steuerberatungspraxis 96, 52
- = Nutzungsänderung

**Einspruch**

- Fristversäumnis  
= WE-Antrag 96, 48
- Gewerbesteuermeßbescheid  
= Rückstellungsbildung 96, 81

**Einwand rechtmäßigen****Alternativverhaltens**

- Beweislast 96, 71

**Entnahme**

- durch Nutzungsänderung 96, 78

**Erfolgshonorar**

96, 225

**Erfüllungsgehilfe**

- des Notars  
= bei Grundbucheinsicht 96, 29

**Erlaß**

- Steuerausweis, unberechtigter  
§ 14 Abs. 3 UStG 96, 58

**Ermessensentscheidung**

- Schaden 96, 58

**Finanzgerichtsordnung**

- Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO 96, 28

**Fortbildungsveranstaltung**

- Werbungskosten 96, 78

**Fristenkontrolle**

- Fristenkontrollbuch  
= Organisationsverschulden,  
Fristlöschung 96, 107
- = namensgleiche Parteien 96, 124
- Fristüberwachung durch RA  
= bei Aktenvorlage 96, 2, 124
- = trotz EDV-Programm 96, 34
- = Fristdiktat, Überprüfung des – 96, 108
- = Gerichtsferien 96, 107
- Fristversäumnis, unverschuldetes  
= Beförderung d. Post durch neuen  
Mitarbeiter 96, 35
- = Empfangsbekenntnis,  
Unterzeichnung d. – 96, 205
- = Faxübermittlung 96, 151
- = Fristberechnung 96, 107, 124
- = Krankheit 96, 145
- = Telefonauskunft des Gerichts 96, 152
- = Unterschriftskontrolle 96, 87
- Telefax  
= Empfang, Ausdruck 96, 216
- = Funktionsfähigkeit 96, 216
- = Weisung an Bürokraft 96, 151
- Unterschriftskontrolle 96, 87

**Garantievertrag**

- Steuerberatungsvertrag 96, 42

**Gefälligkeit**

- Verantwortung für – 96, 183

**verdeckte Gewinnausschüttung**

- GmbH-Geschäftsführer 96, 188
- Schaden  
= Steuervorteile 96, 176
- Tantieme 96, 188

**GI Aktuell**

- Abzug von Betriebsausgaben 96, 215
- Anlage E, Bestandskraft 96, 28
- Erschließungskosten, nachträgliche 96, 54
- gewerblicher Grundstückshandel 96, 150
- ausländische Kapitalgesellschaft 96, 215
- Kinderbetreuungskosten  
Alleinerziehender 96, 106
- Kosten d. Erststudiums 96, 215
- Mandantenvortrag oder Beleidigung? 96, 215
- Schriftformerfordernis 96, 18
- Telefax  
= Fehler b. Empfänger 96, 214
- Vollmacht, Nachweis der – 96, 28

**GmbH**

- Geschäftsführer 96, 28
- = Steuerhaftung 96, 28

**Grundstückshandel**

- ohne Modernisierungen? 96, 2

**Grundurteil**

- Feststellungsurteil 96, 129

**Honoraranspruch des RA**

- Erfolgshonorar 96, 225

**Honoraranspruch d. StB**

- Bestimmungsrecht, § 366 BGB 96, 207
- Buchführung  
= Überprüfung und Korrektur 96, 6
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV  
= Gebührenvorschrift 96, 102
- = Verzug 96, 207
- Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV 96, 6
- = Auslegung d. – 96, 6
- nach Kündigung, § 627 BGB 96, 196
- Pfändung d. – 96, 103
- Verjährung des  
= Buchführungsarbeit 96, 196
- Verzug  
= Rechnungszugang 96, 207
- Zahlung e. Teilbetrages 96, 207
- = Bestimmungsrecht, § 366 BGB 96, 207
- Zeitgebühr  
= Angaben, § 13 StBGebV 96, 94
- = Darlegungslast 96, 94
- = geringere – 96, 196

**Honoraranspruch d. WP**

- Nur Wirtschaftsprüfer 96, 94
- = Steuerberaterleistung 96, 94
- Steuerberatergebührenverordnung 96, 94

**Internationales Privatrecht**

- Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB  
= US-WP-Gesellschaft 96, 92

**Kausalität**

- Fehler des 2. StB  
= WE-Antrag 96, 47
- Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden  
= beratungskonformes Verhalten 96, 100



<b>Klageerhebung</b>			
– beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28		
– Unterschrift	96, 18, 188		
<b>Klageverfahren</b>			
– Terminverlegung			
= Krankheit	96, 124		
<b>Konkursverwalter</b>			
– Akteneinsicht, StA	96, 188		
– Steuerhaftung, § 34 AO	96, 103		
<b>Konzernhaftung</b>			
– StB-GmbH und Einzelpraxis			
– US-WP-Gesellschaft	96, 92		
<b>Kostenerstattungsanspruch</b>			
– Umsatzsteuer d. Anwaltskosten	96, 106		
<b>Krankheit d. StB</b>			
– Bestellung e. Bevollmächtigten	96, 233		
– FG-Prozeß	96, 233		
<b>Kreditbetrug</b>			
– vollwertige Sicherheiten	96, 120		
<b>Mitverschulden</b>			
– Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. –	96, 85		
<b>Nichtigkeit, § 139 BGB</b>			
– Praxisveräußerung	96, 189		
<b>Notar</b>			
– Anderkonto			
= Festgeldanlage	96, 216		
– Belehrungspflichten			
= Altenteilsrecht	96, 109		
= Darlegungs-Beweislast	96, 109		
= Straßenverkehrsflächen	96, 22		
= Verpfändung von Bundesanleihen	96, 139		
= über Wirksamkeitserfordernisse	96, 139		
= Wochenendgrundstück	96, 66		
– Grundbucheinsicht			
= durch Hilfsperson	96, 29		
– Rechtsmittel, unterlassenes			
= Erinnerungen, Mahnungen	96, 219		
– Vorleistungen, ungesicherte	96, 109		
<b>Ordnungsgeld</b>			
– Betragsrahmen	96, 120		
– gegen Steuerberater	96, 120		
<b>Pfändung</b>			
– Steuerberaterhonorar	96, 103		
<b>Pflichtteilergänzungsanspruch</b>			
– d. Pflichtteilergänzungsanspruches	96, 124		
– Verjährungsunterbrechung	96, 124		
<b>Pkw</b>			
– Anschaffung d. Sozios	96, 71		
<b>Praxisveräußerung</b>			
– Nichtigkeit d. Kaufvertrages	96, 189		
– Verschwiegenheitspflicht	96, 189		
<b>Prozeßbevollmächtigter</b>			
– Zustellung an neuen –	96, 154		
<b>Prozeßvollmacht</b>			
– Originalvollmacht	96, 28		
<b>Prüfungsauftrag</b>			
– Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB	96, 71		
– Schutzpflichten d. –	96, 71		
<b>Rechtsanwalt</b>			
– Beratungspflichten			
= Vermächtnisanspruch,			
Sicherung des –	96, 155		
= Versicherungsschutzklage	96, 85		
– Testamentserrichtung	96, 37		
– unterlassene Vollstreckung	96, 14		
– Verkehrs-, Prozeßanwalt	96, 183		
<b>Rechtsberatung / Rechtsbesorgung</b>			
– Vermächtnisanspruch			
= Sicherung des –	96, 155		
<b>Regreßprozeß</b>			
– Parteierklärung oder RA-Schriftsatz?	96, 109		
<b>Sachverständiger</b>			
– Dritthaftung			
= Arglist d. Auftraggebers	96, 41		
<b>Schaden</b>			
– Behördenentscheidung, richtige –	96, 58		
– Ermessensentscheidung	96, 58		
– Kapitalanlage			
= Bauherrenmodell	96, 129		
= negatives Interesse	96, 141		
– konsolidierte Schadenbetrachtung			
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172		
– vermeidbare Steuerbelastung			
= Grunderwerbsteuer	96, 42		
– vermeidbares Steuerberatungshonorar	96, 47		
– Steuervorteile			
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172		
– Vertrauensschaden	96, 141		
– Zwei-Konten-Modell	96, 114		
<b>Schätzung (§ 162 AO)</b>			
– Schätzungsbefugnis	96, 150		
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>			
– rechtswidriges Versäumnisurteil	96, 14		
<b>Sozietät</b>			
– Anschaffung d. Pkw	96, 71		
– Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer	96, 150		
– Kündigung, fristlose –			
= wichtiger Grund	96, 229		
– Unternehmereigenschaft d. EU	96, 71		
<b>Steuerberater</b>			
– Vermögensverfall	96, 54, 89		
<b>Steuerberaterprüfung</b>			
– berufspraktische Vorbildung			
= RA-Tätigkeit	96, 2		
<b>Steuerberatungsgesetz</b>			
– § 5			
= Steuerberater als			
Erfüllungsgehilfe	96, 180, 197		
= Unternehmensberater	96, 180, 196		

<b>- §9 Abs. 2</b>		= Rechtskraft d. Steuerbescheides	96, 125, 165
= verschleierte Vermittlungsprovision	96, 196	= Wirtschaftsberatung	96, 125
<b>- §32 Abs. 2,</b>		= Zugang d. Steuerbescheides	96, 125
Verbot gewerblicher Tätigkeit		- Verjährungshemmung	
= Vorstand einer AG	96, 191	= Einspruchsverfahren	96, 125
<b>- §46 Abs. 3 Nr. 2</b>		<b>Vermögensverfall</b>	
= Vermögensverfall	96, 54	- d. Steuerberaters	96, 54, 89
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		<b>Verschwiegenheit</b>	
- Nichtigkeit, § 134 BGB		- Praxisveräußerung	96, 189
= Bereicherungsanspruch	96, 196	- d. Treuhänders	96, 103
= unerlaubte Steuerberatung	96, 180	<b>Versicherungsschutzklage</b>	
<b>Steuererklärung</b>		- Belehrung ü. Klagefrist, § 12, 3 VVG	96, 85
- Berichtigungspflicht	96, 220	<b>Verzug</b>	
<b>Steuerhaftung</b>		- des Steuerberaters	96, 47
- GmbH-Geschäftsführer		<b>Vollmacht</b>	
= Steuerberaterverschulden	96, 28	- Nachweis d. -	96, 28
<b>Steuerhinterziehung</b>		- durch Telefax?	96, 233
- Berichtigungspflicht	96, 220	<b>Werkvertrag</b>	
- Garantenstellung d. Steuerberaters	96, 220	- Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO	96, 55
<b>Telefax / Telebrief</b>		<b>Wiedereinsetzung</b>	
- Fehler i. Empfangsgerät	96, 214, 216	- Antrag	
<b>Testat</b>		= Begründung	96, 80
- Vertrauen in -	96, 96	- Beschluß d. Gerichtes	
<b>Treuhänder</b>		= Bindung, § 318 ZPO	96, 144
- Schweigepflicht	96, 103	- Fristwahrung	
<b>Umsatzsteuer</b>		= beantragter Verlängerungszeitraum	96, 151
- Kostenfestsetzung	96, 106	- Glaubhaftmachung	
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3	96, 2	= Vorlage d. Fristenkontrollbuchs	96, 80
= Erlaß		- Nachweis d. RA über Absendung	96, 80
<b>Unternehmenskauf</b>		<b>Wirtschaftsprüfer</b>	
- Bilanztestat	96, 96	- US-Gesellschaft	96, 92
<b>Unterschrift</b>		<b>Zustellung</b>	
- Doppelname	96, 118	- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. -	96, 85
- Klageerhebung	96, 18, 188	- an neuen Prozeßbevollmächtigten	96, 154
- Kontrolle der -	96, 87	- an StB oder Mandanten	96, 2
<b>Untreue, § 266, 266 a StGB</b>		- Verzögerung d. -	96, 85
- vorenthalten von Arbeitsentgelt	96, 124	- zweite -	96, 205
- Notar-Anderkonto	96, 124	<b>Zwangsvollstreckungsauftrag</b>	
- Regreß gg. GmbH-Geschäftsführer	96, 124	- Einwand d. § 826 BGB	96, 14
- Strafzumessung	96, 124	- gegen RA	96, 14
<b>Verjährung</b>		- rechtswidriger Titel	96, 14
(§ 51 BRAO a.F., § 51 b BRAO n.F.)		<b>Zwei-Konten-Modell</b>	
- Verjährungsbeginn		- Schaden?	96, 114
= Sicherung d. Vermächtnisanspruchs	96, 155		
- Werkvertrag	96, 55		
<b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)</b>		BGH v. 10. 11. 1994 - III ZR 50/94	96, 41
- Belehrungspflicht über eigene Fehler		= NJW 95, 392	
und über Verjährungsvorschrift,		BGH v. 17. 11. 1994 - IX ZR 208/93	96, 85
Sekundäranspruch		= NJW-RR 95, 252 = WM 95, 212	
= Beginn des -	96, 50	= VersR 95, 336	
- gem. § 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125	BGH v. 18. 1. 1995 - 2 StR 693/94	96, 54
- Hemmung d. Verjährung,		= Wistra 95, 146	
§§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB	96, 125	BGH v. 9. 2. 1995 - 4 StR 662/94	96, 120
- Verjährungsbeginn		= wistra 95, 222	
= Folgeschäden	96, 165		

BGH v. 20.2.1995 – II ZB 16/94 = NJW 95, 1499 = VersR 95, 1372 = AnwBI 95, 374 = BB 95, 748	96, 34	BGH v. 11.1.1996 – VII ZR 85/95 = NJW 96, 1278 = WM 96, 1096 = BB 96, 716	96, 183
BGH v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94 = NJW 95, 2551 = DSrR, 1199 = WM 95, 1504	96, 37	BGH v. 18.1.1996 – III ZR 73/95 = NJW 96, 997 = DSrR 96, 475	96, 118
BGH v. 20.6.1995 – XI ZB 9/95 = NJW 95, 2497 = VersR 96, 123 = DSrR 95, 1481	96, 144	BGH v. 18.1.1996 – IX ZR 81/95 = NJW 96, 2675 = WM 96, 518 = ZIP 96, 588	96, 139
BGH v. 22.6.1995 – LwZB 1/95		BGH v. 29.1.1996 – AnwSt (R) 11/95	96, 203
BGH v. 22.6.1995 – IX ZR 122/94 = NJW 95, 2713 = WM 95, 1883	96, 66	BGH v. 8.2.1996 – VII ZB 21/95 = MDR 96, 736	96, 154
BGH v. 18.9.1995 – NotZ 45/94 = AnwBI 1996, 45	96, 150	BGH v. 8.2.1996 – IX ZR 151/95 = NJW 96, 1543 = WM 96, 662 = AnwBI 96, 287	96, 136
BGH v. 21.9.1995 – IX ZR 228/94 = NJW 96, 48 = WM 96, 35 = VersR 96, 190	96, 14	BGH v. 8.2.1996 – IX ZB 95/95 = NJW 96, 1349 = MDR 96, 530	96, 107
BGH v. 28.9.1995 – IX ZR 13/95 – betr. OLG Köln GI 1995, 104	96, 220	BGH v. 8.2.1996 – IX ZR 215/94 = WM 96, 1106 = DSrR 96, 634	96, 129
BGH v. 18.10.1995 – I ZB 15/95 = NJW 96, 319 = VersR 96, 256 = MDR 96, 316	96, 35	BGH v. 29.2.1996 – IX ZR 150/95	96, 216
BGH v. 19.10.1995 – IX ZR 20/95 = NJW-RR 96, 375 = WM 96, 73 = DB 96, 210	96, 6	BGH v. 29.2.1996 – IX ZR 180/95 = WM 96, 1106 = BB 96, 1081	96, 125
BGH v. 19.10.1995 – IX ZR 104/94 = NJW 96, 520 = WM 96, 30 = VersR 96, 336 = AnwBI 96, 51	96, 22	BGH v. 4.3.1006 – StbSt (R) 4/95	96, 191
BGH v. 2.11.1995 – IX ZR 15/95 = NJW 96, 522 = WM 96, 84 = VersR 96, 471	96, 109	BGH v. 20.3.1996 – VIII ZB 7/96 = NJW 96, 1682 = BB 96, 1299	96, 152
BGH v. 9.11.1995 – IX ZR 161/94 = NJW 96, 312 = WM 96, 71 = VersR 96, 236 = DSrR 96, 563	96, 3	BGH v. 21.3.1996 – IX ZR 240/95 = NJW 96, 1954	96, 196
BGH v. 16.11.1995 – IX ZR 148/94 = NJW 96, 661 = WM 96, 540 = BB 96, 453	96, 55	BGH v. 26.3.1996 – IV ZB 1 + 2/96	96, 205
BGH v. 16.11.1995 – IX ZR 14/95	96, 183	BGH v. 27.3.1996 – IV ZR 185/95 = NJW 96, 1743	96, 124
BGH v. 22.11.1995 – 3 StR 478/95 = wistra 1996, 105	96, 124	BGH v. 22.5.1996 – VIII ZR 194/95 = NJW 96, 2087	96, 189
BGH v. 23.11.1995 – IX ZR 213/94 = NJW 96, 464 = WM 96, 81 = VersR 96, 202	96, 29	BGH v. 4.6.1996 – IX ZR 246/95	96, 221
BGH v. 23.11.1995 – IX ZR 225/94 = NJW 96, 842 = WM 96, 542 = DB 96, 470	96, 58	BGH v. 10.6.1996 – II ZR 102/95	96, 229
BGH v. 6.12.1995 – VIII ZR 12/95 = NJW 96, 998 = WM 96, 538 = BB 96, 185	96, 87	BGH v. 13.6.1996 – III ZR 113/95	96, 225
BGH v. 7.12.1995 – VII ZB 27/95 = NJW 96, 853 = VersR 96, 479 = AnwBI 96, 170	96, 108		
BGH v. 20.12.1995 – 5 StR 412/95 = wistra 1996, 184	96, 220	OLG Celle v. 29.11.1995 – 9 U 51/95 = wistra 1996, 114	96, 124
BGH v. 21.12.1995 – VII ZB 17/95	96, 151	OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 – 13 U 211/93	96, 94
BGH v. 9.1.1996 – IX ZR 103/95 = NJW-RR 96, 569 = WM 96, 551 = BB 96, 526	96, 81	OLG Düsseldorf v. 13.10.1994 – 13 U 217/93	96, 47
		OLG Düsseldorf v. 8.12.1994 – 13 U 18/94	96, 180
		OLG Düsseldorf v. 9.12.1994 – rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 3.7.1995 – II ZR 172/95	96, 92
		OLG Düsseldorf v. 16.2.1995 – 13 U 299/93	96, 141
		OLG Düsseldorf v. 9.3.1995 – 13 U 57/94	96, 114
		ebenso: Urt.v. 9.3.1995 – 13 U 56/94	

OLG Düsseldorf v. 22. 6. 1995 – 13 U 150/94	96, 50	BFH v. 7.3. 1995 – VII R 84/94 – Vorinstanz FG Baden-Württemberg EFG 1994, 983 = StBkammer Rh-Pf KM 8/95	96, 2
OLG Düsseldorf v. 6. 7. 1995 – 13 U 168/95	96, 207	BFH v. 21.3. 1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 2
OLG Frankfurt v. 1. 2. 1996 – 3 VAs 29/95 = wistra 1996, 197	96, 188	BFH v. 21.3. 1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 124
OLG Hamm v. 3. 5. 1995 – 25 U 129/94	96, 42	BFH v. 4. 4. 1995 – IV B 129/94 = BFH/NV 1995, 876	96, 2
OLG Hamm v. 5. 10. 1995 – 28 U 22/95	96, 155	BFH v. 4. 4. 1995 – VII R 74/94 = BFH/NV 1995, 1019 vgl. FG Brandenburg, GI 1995, 144	96, 54
OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 173/94	96, 117	BFH v. 21. 4. 1995 – VIII B 133/94 = BFH/NV 1995, 954	96, 103
OLG Karlsruhe v. 23. 11. 1995 – 9 U 24/95	96, 169	BFH v. 25. 4. 1995 – VIII R 86/94 = BFH/NV 1995, 1002	96, 80
OLG Koblenz v. 20. 1. 1995 – 2 U 1019/93	96, 102	BFH v. 26. 4. 1995 – I R 22/94 = LEXinform 0127099	96, 28
OLG Köln v. 16. 3. 1995 – 7 U 96/94	96, 172	BFH v. 26. 5. 1995 – X B 335/94 = BFH/NV 1995, 1004	96, 120
OLG Köln v. 7. 6. 1995 – 11 U 287/94	96, 165	BFH v. 28. 9. 1995 – IV R 76/94 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
OLG München v. 28. 9. 1995 – 1 U 2954/95 = StB 1996, 119	96, 106	BFH v. 11. 10. 1995 – VIII B 106/95 = BFH/NV 1996, 332	96, 188
OLG Stuttgart v. 11. 5. 1994 – 8 W 89/94 = NJW 1995, 2838	96, 103	BFH v. 12. 10. 1995 – I R 4/95 = BFH/NV 1996, 437	96, 188
OLG Stuttgart v. 25. 7. 1995 – 12 U 57/94	96, 71, 176	BFH v. 7. 11. 1995 – IX R 99/93	96, 54
KG v. 8. 6. 1994 – 24 W 5760/93 = NJW-RR 1995, 333	96, 52	BFH v. 9. 11. 1995 – XI B 149/94 = BFH/NV 1996, 481	96, 233
BFH v. 26. 1. 1984 – VR 65/76 = BFHE 140, 121 = BStBl II 1984, 231	96, 71	BFH v. 28. 11. 1995 – VII R 63/95	96, 28
BFH v. 18. 6. 1993 – VR 106/92 = BFH/NV 1995, 306	96, 124	BFH v. 29. 11. 1995 – X B 56/95	96, 80
BFH v. 10. 2. 1994 – VII B 224/94 = BFH/NV 1995, 812	96, 102	BFH v. 12. 12. 1995 – IV B 79/95 = BFH/NV 1996, 475	96, 216
BFH v. 21. 6. 1994 – VII R 34/92 = BStBl 1995 II, 230	96, 103	BFH v. 19. 12. 1995 – IX R 5/95	96, 54
BFH v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 = WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278	96, 28	BFH v. 8. 3. 1996 – III R 146/93	96, 106
BFH v. 8. 9. 1994 – V R 3/92 = BFH/NV 1995, 834	96, 2	BFH v. 16. 2. 1996 – I R 150/94 = LEXinform 0136326 = Steuer-Telex 2329	96, 233
BFH v. 18. 1. 1995 – I B 181/93 = BFH/NV 1995, 852	96, 2	BFH v. 14. 3. 1996 – IV R 44/95 = LEXinform 0136322 = Steuer-Telex 2328	96, 233
BFH v. 26. 1. 1995 – IV R 39/93 = BFH/NV 1995, 873	96, 78	LG Arnberg v. 10. 3. 1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96
BFH v. 21. 2. 1995 – VIII R 76/93 = BFH/NV 1995, 989	96, 80	LG Dortmund v. 15. 11. 1995 – 6 O 200/95	96, 100
BFH v. 27. 2. 1995 – V B 54/94 = BFH/NV 1995, 835	96, 71	FG Brandenburg v. 30. 11. 1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
BFH v. 2. 3. 1995 – IV R 59/94 = BGH/NV 1995, 959	96, 78	FG Bremen v. 13. 11. 1995 – 295176E2 + 295178E2 = StB 1996, 117	96, 106
		FG München v. 18. 4. 1995 – 7 K 2/93, rkr.	96, 150